

Institut für Weltwirtschaft
Düsternbrooker Weg 120
24105 Kiel

Kieler Arbeitspapier Nr. 1127

**Finanzhilfen der Bundesländer:
Eine Aktualisierung**

von

Astrid Rosenschon

September 2002

Für den Inhalt der Kieler Arbeitspapiere sind die jeweiligen Autorinnen und Autoren verantwortlich, nicht das Institut. Da es sich um Manuskripte in einer vorläufigen Fassung handelt, wird gebeten, sich mit Anregungen und Kritik direkt an die Autorinnen und Autoren zu wenden und etwaige Zitate mit ihnen abzustimmen.

Finanzhilfen der Bundesländer: Eine Aktualisierung*

Zusammenfassung:

Die Finanzhilfen der Bundesländer und ihrer Gemeinden sind beträchtlich. Für das Jahr 2001 wurde ein Betrag von insgesamt 70,6 Mrd. Euro ermittelt. Er entspricht mehr als der Hälfte des gesamten Lohnsteueraufkommens, das freilich um das Kindergeld reduziert ist, oder 3,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die Finanzhilfen der Bundesländer und ihrer Gemeinden sind regional und sektoral nicht gleich verteilt. In den ostdeutschen Flächenstaaten sind sie, auf die Einwohnerzahl bezogen, rund doppelt so hoch wie in Westdeutschland. Sektoral konzentrieren sie sich auf Krisenbranchen und Binnensektoren, die keinem internationalen Wettbewerb ausgesetzt sind.

Abstract:

Subsidies granted by German states (Länder) and municipalities are substantial and amounted to more than € 70.6 bill. in 2001. Thus, states' expenditures for subsidies exceeded half of total wage tax revenues (after deduction of child allowances) in Germany or 3.4 per cent of German GDP. States' subsidies are far from evenly distributed in regional and sectoral perspective. For East German states, subsidies per inhabitant are twice as high as in West German states, excluding city states. With respect to sectoral decomposition, subsidies are granted mainly for branches suffering from economic crisis or not being subject to international competition.

Schlagworte: Taxation and Subsidies, Other State and Local Taxation, Subsidies and Revenue

JEL Klassifikation: H29, H71

Astrid Rosenschon

Institut für Weltwirtschaft
24100 Kiel

Telefon: (0431) 8814-488

Telefax: (0431) 8814-502

E-mail: a.rosenschon@ifw.uni-kiel.de

* Die Verfasserin dankt Alfred Boss für wertvolle Anregungen.

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|-------------|---|-----------|
| I. | Abgrenzung des Untersuchungsgegenstandes | 1 |
| | 1. Institutionelle Abgrenzung..... | 1 |
| | 2. Materielle Aspekte | 3 |
| | a. Einbezug des (halb-)staatlichen Sektors erforderlich | 3 |
| | b. Kriterien für den Einbezug von Finanzhilfen an (halb-)staatliche Produzenten..... | 5 |
| II. | Bemerkungen zur Aufbereitung und Vergleichbarkeit der Daten | 9 |
| | 1. Informationsquellen | 9 |
| | 2. Zur Gliederung der Daten | 11 |
| | 3. Nur bedingte Vergleichbarkeit der Finanzhilfezahlen..... | 13 |
| III. | Der empirische Befund..... | 14 |
| | 1. Finanzhilferückgang in Ostdeutschland, verhaltener Anstieg in Westdeutschland | 14 |
| | 2. Finanzhilfen in Ostdeutschland deutlich höher als in West- deutschland..... | 18 |
| | 3. Zur sektoralen Struktur der Finanzhilfen..... | 21 |
| | 4. Finanzhilfen je Einwohner in den neuen Ländern fast durchweg höher als in den alten | 24 |
| IV. | Subventionsabbau erfordert Wettbewerbsföderalismus..... | 25 |
| V. | Anhangtabellen | 28 |
| VI. | Literatur | 44 |

Der vorliegende Beitrag beleuchtet einen Ausschnitt aus der Subventionslandschaft der Bundesrepublik Deutschland, nämlich die Finanzhilfen der einzelnen Bundesländer. Zunächst wird die Stellung der Finanzhilfen der Länder im System der Subventionsarten und der vielfältigen Subventionsgeber aufgezeigt. Der Erörterung der institutionellen Aspekte folgt die inhaltliche Umgrenzung des Untersuchungsgegenstandes. Gefragt wird, welche Kriterien gegeben sein müssen, um einer finanzpolitischen Maßnahme Subventionseigenschaft zu bescheinigen. Dem schließen sich einige Bemerkungen zur Datenaufbereitung an. Es folgt die Bestandsaufnahme. Einige wirtschaftspolitische Überlegungen schließen den Beitrag ab.

I. Abgrenzung des Untersuchungsgegenstandes

1. Institutionelle Abgrenzung

Subventionsvergabe führt in den öffentlichen Haushalten entweder zu Mindereinnahmen oder zu Mehrausgaben. Unter die erste Kategorie von Subventionen fallen insbesondere die Steuervergünstigungen, unter die zweite die Finanzhilfen.

Daneben gibt es Preissubventionen, die in den staatlichen Rechenwerken nicht dokumentiert sind und die somit bei der Subventionsermittlung nicht berücksichtigt werden können. Beispiel für einen „heimlichen“ Einnahmeausfall ist der Verkauf eines kommunalen Grundstücks zu einem Preis unterhalb des Marktpreises; eine „unsichtbare“ Ausgabesubvention liegt vor, wenn der Staat bei Vorleistungskäufen dem begünstigten Anbieter einen höheren Preis zahlt als den Marktpreis. Die Dunkelziffer bei der Ermittlung des Subventionsvolumens dürfte insbesondere auf kommunaler Ebene erheblich sein.

Finanzhilfen werden von verschiedenen Staatsebenen gewährt. Es sind dies die Europäische Union (EU), der Bund, die Bundesländer und die Gemeinden der Bundesländer Deutschlands. Ferner vergibt die Bundesanstalt für Arbeit beschäftigungspolitisch motivierte Finanzhilfen. Darüber hinaus dienen diverse

Nebenhaushalte¹ dem Zweck, Mittel in Wirtschaftszweige oder Regionen zu kanalisieren, die Politiker als förderungswürdig einstufen. Die vorliegende Untersuchung richtet das Augenmerk gezielt auf die Finanzhilfen, die die einzelnen Bundesländer einschließlich ihrer Gemeinden leisten. Die Integration der kommunalen Ebene verhindert Verzerrungen, die bei einem reinem Länderausweis und unterschiedlichen Dezentralisierungsgraden in der Subventionspolitik auftreten.

Die Höhe der Finanzhilfen der nachgelagerten Staatsebenen variiert mit dem Kriterium, das man der Zuteilung von Subventionsbeträgen auf die einzelnen föderativen Ebenen zugrunde legt. Der niedrigste Wertansatz für die Finanzhilfen der Länder und Gemeinden ergibt sich, wenn man danach fragt, welche Staatsebene die ausgabewirksame Entscheidung trifft. Denn rund drei Viertel der Subventionszahlungen, die auf Länderebene abgewickelt werden, fußen auf Bundesgesetzen (Rosenschon 1994: 21–2). So gesehen handelt es sich beim Großteil der Subventionszahlungen der Länder um zentralstaatlich determinierte Subventionen. Hingegen fällt das Finanzhilfenvolumen der Länder und Gemeinden deutlich höher aus, wenn man danach fragt, welche Ebene die Mittel auszahlt. Ein mittlerer Wertansatz ergibt sich, wenn man von den Ausgaben der Länder die Finanzierungsanteile höherer Staatsebenen – also des Bundes und der EU – abzieht und sie diesen zuordnet, um gesamtwirtschaftlich Erfassungslücken zu vermeiden, wenn man also statt der Brutto-Finanzhilfen der Länder und Gemeinden deren Netto-Finanzhilfen veranschlagt.

Den hier präsentierten Zahlen liegt das Brutto-Ausgaben-Prinzip zugrunde. Die Mittel werden also in voller Höhe als Finanzhilfen der Länder und Gemeinden betrachtet, wenn diese sie an die Subventionsempfänger weiterleiten. Angesichts des ohnehin hohen Aufwands der Subventionserfassung ist nur dieser Ansatz machbar, weil er keine zusätzlichen Bereinigungen der vielfältigen Einzelpositionen erfordert. Ein weiterer Vorteil dieser Art der Verbuchung ist, dass sie die regionale Verteilung der Subventionsbegünstigten wohl am besten wider-

¹ In der Vergangenheit war die Treuhandanstalt, die Ende des Jahres 1994 ihr operatives Geschäft eingestellt hat, besonders bedeutsam. Zu nennen sind ferner der Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes („Kohlepfennig“) und das ERP-Vermögen. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 11. Oktober 1994 ist der Kohlepfennig ab Jahresbeginn 1996 abgeschafft worden. Die entsprechende Finanzhilfe wird seither aus dem Bundeshaushalt geleistet und aus allgemeinen Haushaltsmitteln finanziert.

spiegelt. Gleichwohl sollte nicht aus dem Blick geraten, dass der gewählte Maßstab für die Finanzhilfen der Länder und Gemeinden den Dezentalisierungsgrad überzeichnet. De facto ist der zentralstaatliche Einfluss in der Bundesrepublik Deutschland erheblich. In vieler Hinsicht kann man nur im Hinblick auf den Vollzug von Gesetzen eine föderale Struktur erkennen. Der Entscheidungs föderalismus ist hierzulande allenfalls rudimentär entwickelt.

2. Materielle Aspekte

a. Einbezug des (halb-)staatlichen Sektors erforderlich

Der Subventionsausweis erfolgt gemäß einer engen und einer erweiterten Abgrenzung. Die enge Abgrenzung stellt nur auf die Unternehmen im Sinne der ökonomischen Theorie ab. Es wird gefragt, wie die Allokation innerhalb der produzierenden Einheiten des Marktsektors, die in der Sektorengliederung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) unter die Kapitalgesellschaften und private Haushalte subsumiert werden, durch selektiv wirkende finanzpolitische Vergünstigungen verzerrt wird. Bei der engen Abgrenzung handelt es sich um einen Konsensbegriff der Wirtschaftsforschungsinstitute, die an der Strukturberichterstattung im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums beteiligt gewesen waren (Fritzsche et al. 1988). Obwohl es diese Berichte in der konventionellen Form nicht mehr gibt, wird der separate Zahlenausweis in der engen Abgrenzung beibehalten, um die Vergleichbarkeit mit Subventionszahlen aus den achtziger und frühen neunziger Jahren zu ermöglichen.

Eine erweiterte Abgrenzung resultiert aus folgender Überlegung: Zwar ist es sinnvoll, den Subventionsbegriff an der Selektivität der Vergünstigungen auszurichten, die unweigerlich zu Diskriminierungen an anderer Stelle und zu gesamtwirtschaftlichen Wohlfahrtsverlusten führen, die Beschränkung auf die Unternehmen im Sinne der ökonomischen Theorie ist aber unangebracht. Dadurch klammert man die Sektoren Staat und Organisationen ohne Erwerbscharakter aus dem Kreis subventionsempfangender Produzenten von Dienstleistungen aus.²

² Freilich ist der hier als zu eng eingestufte Konsens-Begriff erheblich breiter als der Subventionsbegriff in den VGR sowie jener in den Subventionsberichten der Bundes-

Eine an rechtlich-institutionellen Kriterien anknüpfende Umgrenzung des Untersuchungsgegenstandes wäre nur dann ökonomisch legitim, wenn die ausgesparten Sektoren ausschließlich klassisch öffentliche Güter im Sinne der Allokationstheorie anbieten würden. Tatsächlich aber stellen der Staat und die Organisationen ohne Erwerbszweck eine Fülle privater Güter und Dienste bereit. Bei diesen Gütern und Diensten ist die Erhebung von Preisen und somit der Ausschluss von Freifahrern grundsätzlich möglich. Da die Kosten also prinzipiell durch Markterlöse gedeckt werden können, liegt kein Marktversagen vor, das eine Steuerfinanzierung rechtfertigt. Besonders fragwürdig ist die an rechtlich-institutionellen Kriterien anknüpfende Abgrenzung in den Fällen, in denen die Förderung ein und desselben Produktionszweiges (etwa des Theaterwesens oder der in Krankenhäusern erbrachten Gesundheitsdienstleistungen) einmal als Subvention gilt, nämlich dann, wenn ein privates Unternehmen oder ein staatlicher Nettobetrieb³ begünstigt wird, und ein andermal nicht als Subvention zählt, nämlich dann, wenn es sich um einen staatlichen Bruttobetrieb handelt oder wenn eine Organisation ohne Erwerbszweck als Produzent von Dienstleistungen agiert.

Auch die Tatsache, dass Konsolidierung und Steuersenkungen angesagt sind, weil Deutschland im Jahr 2001 das höchste Staatsdefizit und das niedrigste Wachstum unter den EU-Ländern hatte (Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungseinrichtungen 2002) und in diesem Jahr keine Änderung absehbar ist, erfordert, dass Einsparpotentiale umfassend aufgezeigt und ausgeschöpft werden. Ferner muss die Beseitigung der Hochwasserschäden finanziert werden. Wird dagegen ein Großteil der Subventionen wegdefiniert – etwa durch den formalistischen Einwand, der Staat sei Subventionsgeber und er könne deshalb nicht gleichzeitig Subventionsnehmer sein⁴ –,

regierung. Näheres zu den sehr restriktiven Auslegungen in Klodt, Schmidt et al. (1989: 185 ff.).

³ Bei einem staatlichen Nettobetrieb schlägt sich nur das „unternehmerische Residuum“ im öffentlichen Haushalt nieder. Verbucht wird also nur die Gewinnabführung an den oder die Verlustdeckung durch den Staat als Eigentümer des Unternehmens. Hingegen werden bei staatlichen Bruttobetrieben die Ausgaben und Einnahmen in voller Höhe – also unsaldiert – im öffentlichen Haushalt erfasst.

⁴ Wie sehr rein formale – also letztlich inhaltsleere – Argumente strapaziert werden, um das Subventionsvolumen zu schönen, verdeutlicht eine Aussage in Anlage 8 auf S. 243 f. des Elften Subventionsberichts (BMF 1987): „Zuweisungen und Zuschüsse an die Deutsche

besteht wenig Hoffnung auf gleichzeitige Senkung von Neuverschuldung und Steuerlast sowie Finanzierung der Kosten der Flutkatastrophe durch Einsparungen.

b. Kriterien für den Einbezug von Finanzhilfen an (halb-)staatliche Produzenten

Bislang wurde vor allem bemängelt, dass der ehemalige Konsensbegriff der Wirtschaftsforschungsinstitute zu eng ist. Wo aber ist innerhalb der Staatswirtschaft die Grenze zu ziehen, um volkswirtschaftlich schädliche Finanzhilfen von jenem Einsatz von Steuergeldern zu separieren, der nötig ist, damit die Marktwirtschaft funktioniert oder damit sie auf breite Akzeptanz seitens der Bevölkerung stößt?

Wie schon angedeutet, wird die steuerliche Alimentierung eines staatlichen Produktionszweiges nur dann erfasst, wenn es sich um Güter oder besser: Dienstleistungen handelt, die grundsätzlich privatisierbar sind. Allerdings ist die Anwendbarkeit des Ausschlussprinzips nur ein notwendiges, kein hinreichendes Kriterium für den Einbezug (halb-)staatlicher Organisationen in den Kreis potentieller Subventionsempfänger. Denn die Abweichung von einer reinen Marktlösung ist mitunter wünschenswert. Für einen öffentlichen Zuschuss gibt es sowohl verteilungspolitische als auch ökonomische Begründungen. Diese werden im folgenden kurz problematisiert.

Bundesbahn und die Deutsche Bundespost (sind) nicht als Finanzhilfen anzusehen..., weil Bahn und Post trotz getrennter Haushaltswirtschaft ihrer Rechtsnatur nach nicht Stellen außerhalb der Bundesverwaltung sind“. Bemerkenswert ist in diesem Kontext, dass die Bundesregierung nach den erfolgten Privatisierungen von Bahn und Post – also nach dem Wegfall der juristischen Gründe für einen Ausnahmetatbestand – versäumt hat, die Zuschüsse an die Deutsche Bahn AG im Vierzehnten und Fünfzehnten Subventionsbericht als Verkehrssubvention aufzuführen. Im Anhang 9 des Fünfzehnten Subventionsberichts (BMF 1995) begründet man auf S. 250 dieses Unterlassen mit den „Verpflichtungen für den Infrastrukturbereich“, die der Bund hat.

Als Alternative zur Strategie formaljuristischer Argumentationsweise nutzt man die Dehnbarkeit von Begriffen, um eine Sachdiskussion über die tatsächliche Höhe der Subventionen erst gar nicht aufkommen zu lassen. Beliebte Instrumente zum Wegdefinieren von Subventionstatbeständen durch politische Instanzen sind – neben den „infrastrukturellen Verpflichtungen“ – Begriffe wie die Verfolgung „allgemeiner Staatsziele“ oder „sozialer Zwecke“ oder die hohe „kulturelle Bedeutung“.

Zu den verteilungspolitischen Argumenten

Einerseits würde es zweifellos keinen Sinn machen, die Bezuschussung von Aktivitäten, die dem Feld der Caritas bzw. der Überlebenshilfe für Problemgruppen zuordenbar sind, in die Subventions- bzw. Finanzhilfedefinition einzu beziehen. Denn wo das Ziel der Armenhilfe oder der Bewältigung spezifischer Notstände (etwa Drogensucht) verfolgt wird, dort stellt sich die Frage nach einer marktwirtschaftlichen Gegenleistung erst gar nicht.

Andererseits sollte man aber nicht eine hinter einem Zuschuss stehende sozialpolitische Absicht als generellen Freibrief für das Wegdefinieren von Subventionstatbeständen werten. Sozialpolitisch motiviert sind schließlich auch die Erhaltungssubventionen zugunsten des Steinkohlenbergbaus, der Landwirtschaft und des Schiffbaus. Und wer wollte diesen strukturkonservierenden Sektorhilfen die Subventionseigenschaft absprechen?

Zu fragen ist, auf welches Kriterium abgestellt werden sollte, um im Einzelfall zu entscheiden, ob ein sozialpolitisch motivierter Zuschuss zu den volkswirtschaftlich schädlichen Finanzhilfen, die gekürzt werden sollten, zu zählen ist oder nicht. Eine Antwort auf die Frage bietet sich an, wenn man zwischen zwei theoretischen Extremen unterscheidet und den praktischen Fall mehr dem einen oder mehr dem anderen Pol zuordnet. Der eine Pol symbolisiert Fürsorgeleistungen, die auf hilfsbedürftige Individuen zugeschnitten sind, der andere steht für allgemeine Sozialleistungen, also für Alimente, die der Staat breiten Gruppen gewährt. Diese Kategorisierung wird im Folgenden anhand von Fallbeispielen erläutert.

Zuschüsse, die nicht in das Subventionsvolumen eingehen, sind beispielsweise solche, die an SOS-Kinderdörfer oder Behindertenheime oder Asylantenaufnahmestätten fließen. Begünstigt wird hier eine enge Zielgruppe, die am Rande der Gesellschaft steht bzw. physisch oder psychisch behindert ist. Dabei ist das zweite Kriterium – das Stehen am Rande der Gesellschaft – das Entscheidende.⁵

Zuschüsse, die als Subventionen gewertet werden, sind solche, die breiten Bevölkerungsgruppen oder gar den so genannten Besserverdienenden zugute kommen. Beispiele sind Zuschüsse für Krankenhäuser, Kindergärten und kultu-

⁵ Das erste Kriterium – die Beschränktheit der Zielgruppe – trifft auf Erhaltungssubventionen wie etwa die Werfthilfen ebenfalls zu.

relle Einrichtungen. Hinter der steuerlichen Alimentierung steht hier nicht die Absicht, Mittel gezielt zugunsten der schwächsten Mitglieder einer Gesellschaft umzuverteilen. Vielmehr verfolgen solche Zuschüsse den Zweck, bei breiten Wählerschichten die Illusion einer staatlichen Geschenkwirtschaft zu erzeugen. De facto finanzieren die meisten Begünstigten ihre Alimente über die Besteuerung selbst. Von einer sozialpolitischen Maßnahme im eigentlichen Wortsinn kann somit nicht die Rede sein.

Zu den ökonomischen Begründungen

Stiftet ein Produktionszweig externe volkswirtschaftliche Vorteile, kann Subventionierung ökonomisch sinnvoll sein, d.h. sie kann die gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt steigern. Ohne hier der Frage nachzugehen, ob der Staat über die nötigen Informationen verfügt, um den Optimalitätskriterien genügen zu können, also nicht zuviel des Guten zu tun, ist festzuhalten: Der Einsatz von Steuern etwa im Ausbildungssektor oder für Grundlagenforschung darf rechnerisch nicht in einen Topf geworfen werden mit der zweifelsohne volkswirtschaftlich schädlichen Alimentierung schrumpfender Wirtschaftszweige wie der Landwirtschaft oder dem Steinkohlenbergbau.

Daher wird die Förderung des Schul- und Hochschulwesens nicht erfasst.⁶ Ausgespart bleiben auch Zuschüsse an komplementäre Einrichtungen wie Studentenwerke, Studentenheime, Hochschul-Bibliotheken u.Ä. sowie Zuschüsse an außeruniversitäre Forschungseinrichtungen wie etwa an Max-Planck-Institute. Einbezogen werden hingegen Zuschüsse an eher als konsumtiv einzustufende Produktionszweige des Bildungs- und Kultursektors wie beispielsweise Volkshochschulen, Stadtbibliotheken und Museen. Dies gilt auch für Zuschüsse für unternehmensspezifische Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie für anwendungsorientierte Forschung. Denn hier fallen die Investitionserträge weitgehend beim Investor selbst an statt bei Dritten. Eine erhebliche Beeinträchti-

⁶ Die Billigung einer finanziellen Förderung darf allerdings nicht verwechselt werden mit einem Plädoyer für die staatliche Produktion von Ausbildungsleistungen. Mehr marktwirtschaftliche Steuerungsmechanismen sind auch im Schul- und Hochschulwesen angezeigt.

gung des individuellen Rentabilitätskalküls durch ein hohes Maß an externen Effekten kann daher als Subventionsbegründung nicht herangezogen werden.⁷

Fazit

Subventionen sind selektive Vergünstigungen, die staatliche Finanzgeber zugunsten ausgewählter Produktionszweige gewähren. Während die engere Definition nur Vergünstigungen an Wirtschaftseinheiten innerhalb des Marktsektors der Wirtschaft berücksichtigt, bezieht die erweiterte Definition die Sektoren Staat sowie Organisationen ohne Erwerbszweck insoweit mit ein, als dort private Güter bzw. Dienste im Sinne der volkswirtschaftlichen Theorie erzeugt werden. Die Grenzen der Definition liegen dort, wo karitative Aktivitäten gefördert werden oder Produktionszweige, die nennenswerte externe Vorteile stiften. Soziale Ziele als solche rechtfertigen nicht, einem Zuschuss die Subventionseigenschaft abzusprechen. Auch kulturelle Ziele⁸ können keinen Ausnahmetatbestand begründen.

Der vollständigen Erfassung stehen allerdings Informationslücken im Wege. Denn mitunter sind die Angaben in den Haushaltsplänen oder -rechnungen so vage, dass eine eindeutige Zuordnung zu den volkswirtschaftlich schädlichen Finanzhilfen oft nicht möglich sind.

⁷ Das Vorliegen externer Effekte per se ist keinesfalls ein vernünftiges bzw. praktikables Kriterium für finanzpolitische Eingriffe. Es wäre vielmehr ein Einfallstor für Staatsinterventionismus auf breiter Front, da es sich bei marktwirtschaftlichen Aktivitäten, die mit keinerlei Externalitäten verknüpft sind, wohl eher um einen Grenzfall im System der reinen Modelltheorie als um den Regelfall handelt. Externe Effekte machen daher als Eingriffskriterium nur dann Sinn, wenn man sie nicht absolut fasst, sondern relativ zu den internen Effekten. Entscheidend ist also nicht die Existenz, sondern die Bedeutsamkeit der Außenwirkungen. Freilich ist die Grenze zwischen den Begriffspolen „bedeutsam“ und „unwichtig“ fließend.

⁸ Das (falsche) Vorurteil, wonach sich Kulturgüter einer ökonomischen Bewertung oder Beurteilung entziehen, weil sie gewissermaßen „höherwertig“ seien, ist leider weit verbreitet. Wer so argumentiert, übersieht grundsätzlich die Opportunitätskosten, die bei staatlicher Kulturförderung zudem höher sind als die Förderbeträge selbst, weil der Staat die Mittel zwangsweise erhebt. In gesamtwirtschaftlicher Sicht – also per saldo betrachtet – wird die Wohlfahrt vermindert. Dass kulturelle Zwecke keinesfalls die Mittel heiligen können, wird auch bei der Lektüre von Haushaltsplänen deutlich. Es verwundert nicht, dass Deutschland im Standortwettbewerb zurückfällt, wenn Politiker – statt die Steuern zu senken – Steuergelder lieber in Institutionen stecken, deren Namen bereits Zweifel an ihrer Existenzberechtigung aufkommen lassen. „Zucker-Museum“, „Kartoffel-Museum“, „Hygiene-Museum“ sind nur wenige Beispiele für solche Institutionen.

II. Bemerkungen zur Aufbereitung und Vergleichbarkeit der Daten

1. Informationsquellen

Als Informationsquellen werden die Haushaltspläne der einzelnen Bundesländer für die Jahre 2000 und 2001 herangezogen. Sie enthalten für die Jahre 2000 und 2001 Soll-Werte und für die Jahre 1998 und 1999 Ist-Werte. Erfasst werden sowohl Finanzhilfen, die die Länder an die Subventionsempfänger auszahlen als auch Zuweisungen der Länder an die Gemeinden, die auf kommunaler Ebene subventionswirksam werden. Dabei können nur jene Zuweisungen erfasst werden, deren subventionspolitische Zielsetzung durch Zweckbindung explizit erkennbar ist.

Die Zuweisungen der Länder für kommunale Finanzhilfen müssen ergänzt werden um Eigenfinanzierungsanteile der Gemeinden. Diese werden für das Jahr 1998 anhand der „Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte“, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht hat (Statistisches Bundesamt 2001), erfasst. Die Werte für die Jahre 1999 bis 2001 werden auf der Basis dieser Daten geschätzt. Dabei wird angenommen, dass die Finanzhilfen die Struktur des Jahres 1998 aufweisen und um 2,5 Prozent gestiegen sind.

Finanzhilfen der Länder in der engen Abgrenzung werden anhand von so genannten Gruppierungsnummern identifiziert, die den einzelnen Haushaltstiteln zugeordnet sind (Statistisches Bundesamt 1987). Dies ist ein Code-System im Rahmen der staatlichen Haushaltssystematik, das einzelne Ausgabe- sowie Einnahmearten kennzeichnet. Finanzhilfen in der engen Abgrenzung finden sich hauptsächlich unter folgenden Gruppierungsnummern:⁹

⁹ Überprüft werden müssen auch Haushaltstitel mit der Nr. 681 (Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen), da mitunter zweckgebundene Transfers dabei sind, die die Allokation beeinflussen. Ein Beispiel ist das Wohngeld. Ein weiteres Finanzhilfepotential sind Positionen mit der Nr. 671 (Erstattungen an Inland). Denn mitunter wird die Einhaltung einer mit der Subventionsvergabe verknüpften Verwendungsaufgabe (etwa die Zweckbindung für Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen) so interpretiert, als sei das Unternehmen mit der Verfolgung einer „allgemeinen Staatsaufgabe“ – was immer das heißen mag – betraut, so dass ihm die Kosten der „Auftragsproduktion“ erstattet werden müssten. Eine weitere Methode, Finanzhilfen zu verharmlosen, ist es, sie als Zuschüsse an „Sonstige“ (unter den Nummern 663, 685, 893) zu verbuchen, obwohl de facto Unternehmen gefördert werden, also Institutionen, bei denen der

- 661 (Schuldendiensthilfen an öffentliche Unternehmen)
- 662 (Schuldendiensthilfen an private Unternehmen)
- 682 (Zuschüsse für laufende Zwecke¹⁰ an öffentliche Unternehmen)
- 683 (Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen)
- 891 (Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen)
- 892 (Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen).

Vor allem im Bereich des Wohnungswesens spielen auch Darlehen an öffentliche Unternehmen (Gruppierungsnummer 861) und an private Unternehmen (Gruppierungsnummer 862) eine Rolle.

Zuweisungen an Kommunen lassen sich anhand der Gruppierungsnummern 617 und 653 erkennen.

Auf der Suche nach Finanzhilfen an (halb-)staatliche Produzenten wird man auf zwei Wegen fündig. Die Zuschüsse an die Organisationen ohne Erwerbszweck sind ebenfalls anhand von Gruppierungsnummern identifizierbar.¹¹ Anders muss man dort verfahren, wo die geförderten Institutionen oder Tätigkeiten rechtlich oder finanzstatistisch voll in den Haushalt integriert sind. Dort muss man das am Ende des Haushaltskapitels ausgewiesene Defizit veranschlagen. Dieses muss allerdings gegebenenfalls um die Zuweisungen anderer Staatsebenen – also meist des Bundes oder der EU – aufgestockt werden. Denn die Fehlbeträge wären höher, wenn nicht schon aus anderen öffentlichen Haushalten Zuschüsse geleistet worden wären.

Der Erfassung der Eigenfinanzierungsanteile der Gemeinden liegen die Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte zugrunde. Sie sind nach Aufgabebereichen gegliedert, die mit so genannten Gliederungsnummern versehen sind. Zweistellige Nummern in der Systematik der Ausgaben kennzeichnen Ober-

Erwerbszweck konstitutiv ist bzw. sein sollte. Wenn z.B. eine Umweltberatungsgesellschaft die Bezeichnung GmbH führt, erscheint die Frage legitim, warum in den Haushaltsplänen die ihr zufließenden Finanzhilfen unter die Kategorie „an Sonstige“ subsumiert werden.

¹⁰ Der Unterscheidung „Zuschüsse für laufende Zwecke“ und „Zuschüsse für Investitionen“ liegt das kreislaforientierte Konzept der VGR zugrunde, das zwischen Einkommens- und Vermögensübertragungen differenziert.

¹¹ Es sind dies die Nummern 663 (Schuldendiensthilfen an Sonstige), 684 (Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen), 685 (sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke), 863 (Darlehen an Sonstige) und 893 (Zuschüsse für Investitionen an Sonstige).

gruppen, dreistellige Untergruppen. Die Palette der Aufgabenbereiche wurde dahingehend überprüft, ob die in der vorliegenden Arbeit verwendeten Subventionskriterien gegeben sind.

2. Zur Gliederung der Daten

Bei der Erfassung der Finanzhilfen kann unmittelbar differenziert werden zwischen sektorspezifisch erfassbaren Zahlungen – sie begünstigen ausschließlich einen Wirtschaftszweig – und branchenübergreifenden. Branchenübergreifende Finanzhilfen sind auf einen vergleichsweise breiteren, hier sektoral nicht identifizierten,¹² Empfängerkreis zugeschnitten.

Bei den sektorspezifischen Finanzhilfen wird unterschieden zwischen solchen an Unternehmen und solchen an (halb-)staatliche Dienstleister. Die sektorspezifischen Finanzhilfen an Unternehmen werden acht Wirtschaftszweigen zugeteilt, auf die sich staatliche Förderpolitik konzentriert, nämlich auf

- Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
- Bergbau
- Schiffbau
- Verkehr
- Wohnungsvermietung
- Luft- und Raumfahrtzeugbau
- Wasserver- und -entsorgung sowie Abfallwirtschaft
- Fremdenverkehr, Staatsbäder.

Die übrigen sektorspezifischen Finanzhilfen wurden einer Sammelposition zugeschlagen. Sie umfasst eine bunte Mischung von Finanzhilfen an begünstigte Sektoren bzw. Einzelunternehmen wie etwa Staatsbrauereien, Technologieberatungseinrichtungen, Messegesellschaften und Holdinggesellschaften für Staatsvermögen, die ausgewählte Sektoren (etwa den öffentlichen Personennahverkehr) betreuen.

¹² Der Schwerpunkt der Subventionspolitik liegt ohnehin bei der Förderung einzelner Sektoren (Rosenschon 1994). Die Eruiierung der sektoralen Empfängerstruktur bei branchenübergreifenden Finanzhilfen ist mit einem Aufwand verbunden, der in keinem ökonomisch vertretbaren Verhältnis zum Gewinn an zusätzlichen Einsichten steht.

Bei den sektorspezifischen Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister, die in der erweiterten Abgrenzung berücksichtigt werden, wurde nach folgenden Subventionsempfängern differenziert:

- Krankenhäuser,
- Kindertagesstätten, Kinderkrippen,
- Theater, Museen, sonstige kulturelle Einrichtungen,
- Staatsforsten,
- Kirchen, Religionsgemeinschaften,
- Pflegeeinrichtungen,
- Sport- und Freizeiteinrichtungen,
- sonstige Institutionen (wie Landwirtschaftskammern, staatliche Versuchsanstalten für Bienenzucht oder Weinbau, Landesgestüte u.Ä.).

Bei den Zuschüssen an Pflegeeinrichtungen sind nur die allgemeinen gemäß dem Pflegeversicherungsgesetz berücksichtigt worden, nicht die innerhalb der Sozialfürsorge.

Die branchenübergreifenden Finanzhilfen an Unternehmen wurden nach ihrer dominierenden Zielsetzung geordnet.¹³ Dabei wurde differenziert nach

- Regional- und Strukturpolitik
- Förderung von Umwelt und rationeller Energieverwendung
- Beschäftigungsförderung
- Förderung von Innovationen
- Mittelstandsförderung
- Investitionsförderung
- Förderung sonstiger betrieblicher Funktionen.

Während bei der Regional- und Strukturpolitik offenkundig ist, dass die Mittel an ausgewählte Wirtschaftsräume und -sektoren vergeben werden, scheint bei der Förderung betrieblicher Funktionen weniger stark regional und sektoral dis-

¹³ Freilich werden sektorspezifische Finanzhilfen auch oft gewährt, um speziellen Zielen oder Zwecken zu dienen. Als Beispiel sei ein Zuschuss an die Landwirtschaft für Umweltschutzmaßnahmen genannt. Er ist in der Kategorie der umweltpolitisch motivierten Maßnahmen nicht enthalten, da er ja nicht branchenübergreifend, sondern sektorspezifisch gewährt wird. Die Auffächerung nach Zielen ist also nicht dahingehend misszuverstehen, dass es sich um eine vollständige Erfassung des Mitteleinsatzes im Hinblick auf einzelne Ziele (umweltpolitische, beschäftigungspolitische etc.) handelt.

kriminiert zu werden. Unter dieses Konglomerat fallen aber nicht nur die Förderung von Messebeteiligung, außenwirtschaftlichen Aktivitäten und Unternehmensinformation, sondern auch Zahlungen, die vermutlich an ausgewählte Unternehmen fließen, die im Haushaltsplan aber nicht namentlich genannt werden. Beliebt ist (insbesondere im Haushaltsplan des Stadtstaates Berlin) die vage Formel: „An Unternehmen für besondere Aufgaben“. Die unter der Sammelposition subsumierten Finanzhilfen wirken somit summa summarum erheblich selektiver, als es auf den ersten Blick den Anschein hat.

Auch ist die – im Hinblick auf die Betriebsgröße selektive – Mittelstandspolitik oft restriktiver als zunächst vermutet, da sie meist mit der Förderung einer betrieblichen Funktion verknüpft ist. Dies steht einer überschneidungsfreien Gliederung im Sinne der ausschließlichen Gültigkeit einzelner Kriterien im Wege.

3. Nur bedingte Vergleichbarkeit der Finanzhilfezahlen

Obwohl sich durch die Einbeziehung der Finanzhilfen der Gemeinden in die Finanzhilfen der Länder die Vergleichbarkeit der Daten im Vergleich zu früheren Untersuchungen (Rosenschon 1997) verbessert, gibt es nach wie vor Faktoren, die für Vorsicht beim Zahlenvergleich sprechen:

- (1) Die Auslagerung der Subventionspolitik aus den Staatshaushalten: In der politischen Realität kommt es verstärkt in Mode, Wirtschaftsförderung über Sonderfonds bzw. öffentliche Förderbanken zu betreiben. Beispiele sind der Wirtschaftsförderfonds Niedersachsen oder die sächsische Aufbaubank. Da der Einbezug von parafiskalischen Finanzhilfen (meist in Form von Zinsvergünstigungen) am zu hohen Aufwand scheiterte, können die Länderdaten verzerrt sein. In Ländern, in denen Schattenhaushalte relativ bedeutsame Instrumente für wirtschaftspolitischen Interventionismus sind, sind die im Rahmen der Budgetauswertung gewonnenen Finanzhilfezahlen entsprechend stark gedrückt.
- (2) Unterschiedliche Ausmaße nicht messbarer Subventionen (wie Preissubventionen) schlagen sich nicht im Ländervergleich nieder.

- (3) Hinter einem hohen Subventionsniveau kann sich z.T. auch ein hoher Präzisionsgrad bei der Beschreibung von Haushaltstiteln verbergen. Umgekehrt kann man einem Land umso weniger Subventionen nachweisen, je vager die Formulierungen sind.
- (4) Ein spezielles Problem werfen der Erwerb staatlicher Beteiligungen bzw. Kapitalzuführungen auf. Ein Subventionstatbestand ist wohl dann kaum zu diagnostizieren, wenn ein Bundesland als Eigentümer eines expandierenden Unternehmens dessen Eigenkapital aufstockt. Die Mittelzuführung hat aber Subventionscharakter, wenn ein chronisch defizitäres Unternehmen der Empfänger ist. Denn dann wird Kapitalaufzehrung alimentiert. Da aus den Haushaltserläuterungen in der Regel nicht hervorgeht, ob die Mittel an ein expandierendes Unternehmen fließen oder nicht, blieben Kapitalzuführungen generell bei der Finanzhilfee Erfassung unberücksichtigt.¹⁴ Auch dies kann die Vergleichbarkeit der Finanzhilfen beeinträchtigen.

III. Der empirische Befund

1. Finanzhilferückgang in Ostdeutschland, verhaltener Anstieg in Westdeutschland

Legt man den engen Begriff zugrunde, also jenen, der auf die Unternehmen beschränkt ist, so erreichten die geplanten Finanzhilfen der sechzehn Bundesländer und ihrer Gemeinden ein Gesamtvolumen von 38,2 Mrd. Euro im Jahr 2001 (Tabelle 1). Dieser Betrag entspricht fast einem Drittel des Lohnsteueraufkommens abzüglich Kindergeld in der Bundesrepublik Deutschland. Relativ zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) sind die Finanzhilfen von 2,04 Prozent im Jahr 1997 auf 1,85 Prozent im Jahr 2001 gefallen.

Bricht man die Finanzhilfen nach Ländergruppen auf, ergeben sich deutliche Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern. Während die Finanzhilfen der alten Bundesländer (einschließlich Berlin)¹⁵ im Zeitraum 1999

¹⁴ Ausnahme bildete die Kapitalerhöhung der defizitären Berliner Verkehrsbetriebe, die als Subvention gezählt worden ist.

¹⁵ Für Berlin war eine Trennung in Ost und West nicht möglich. Deshalb ist Berlin (Ost) bei den alten Bundesländern enthalten.

bis 2001 nominal mit einer jahresdurchschnittlichen Rate von 1,7 Prozent expandiert sind, sind sie in Ostdeutschland um jahresdurchschnittlich 3,4 Prozent zurückgegangen. Der Abwachs ist allerdings vor dem Hintergrund zu sehen, dass in der ersten Hälfte der neunziger Jahre die Finanzhilfen in den neuen Bundesländern mit zweistelliger Rate stark ausgeweitet worden sind (Rosenschon 1997). So gesehen liegt eine Normalisierung vor.

Das Finanzhilfeniveau im Jahr 2001 beträgt 70,6 Mrd. Euro oder 3,4 Prozent des BIPs, wenn man statt der engen die erweiterte Abgrenzung zugrunde legt (Tabelle 1). Dieser Betrag entspricht rechnerisch mehr als der Hälfte des gesamten um das Kindergeld gekürzten Lohnsteueraufkommens der Bundesrepublik Deutschland. Der Vergleichswert für das Jahr 1998 liegt bei 68,9 Mrd. Euro.

Tabelle 1: Finanzhilfen der Bundesländer 1998–2001 (Mill. Euro)

| | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 |
|--------------------------------|--------|--------|--------|--------|
| Finanzhilfen | | | | |
| in enger Abgrenzung | 38 167 | 37 754 | 38 219 | 38 199 |
| alte Bundesländer ^a | 24 933 | 24 962 | 25 676 | 26 255 |
| neue Bundesländer ^b | 13 234 | 12 792 | 12 543 | 11 944 |
| in erweiterter Abgrenzung | 68 860 | 68 714 | 69 933 | 70 638 |
| alte Bundesländer ^a | 49 178 | 49 411 | 50 704 | 51 969 |
| neue Bundesländer ^b | 19 682 | 19 305 | 19 229 | 18 669 |

^aEinschließlich Berlin (Ost). – ^bOhne Berlin (Ost).

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Wie verteilt sich nun das gesamte Finanzhilfenvolumen auf die einzelnen sechzehn Bundesländer? Betrachtet man die Gruppe der elf westlichen Bundesländer (einschließlich Berlin Ost), so sind die Finanzhilfen sowohl in enger als auch in erweiterter Abgrenzung in Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein gestiegen; im Saarland hat zudem das weite Finanzhilfeaggregat zugenommen (Tabellen 2 und 3 sowie die Ländertabellen im Anhang). In Rheinland-Pfalz und Hamburg war beim weiten Finanzhilfeaggregat die Tendenz nach unten gerichtet. Für die übrigen Länder waren Diskontinuitäten typisch, wie etwa stark schwankende Regionalisierungsmittel in Baden-

Württemberg. In den fünf neuen Bundesländern waren die Finanzhilfen durchweg rückläufig.

Tabelle 2: Finanzhilfen nach Bundesländern in der engen Abgrenzung 1998–2001 (Mill. Euro)

| | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 |
|--|---------------|---------------|---------------|---------------|
| Baden-Württemberg | 3 141 | 3 058 | 3 089 | 3 133 |
| Bayern | 4 699 | 4 634 | 4 772 | 5 003 |
| Hessen | 2 024 | 2 097 | 2 047 | 2 183 |
| Niedersachsen | 2 477 | 2 347 | 2 515 | 2 728 |
| Nordrhein-Westfalen | 5 740 | 5 877 | 6 025 | 6 299 |
| Rheinland-Pfalz | 1 103 | 983 | 1 078 | 1 045 |
| Saarland | 440 | 416 | 433 | 470 |
| Schleswig-Holstein | 753 | 790 | 827 | 908 |
| Alte Flächenländer | 20 377 | 20 202 | 20 787 | 21 768 |
| Berlin ^a | 3 224 | 3 512 | 3 574 | 3 212 |
| Bremen | 482 | 412 | 520 | 474 |
| Hamburg | 850 | 837 | 795 | 800 |
| Stadtstaaten | 4 556 | 4 760 | 4 889 | 4 487 |
| Alte Bundesländer insgesamt | 24 933 | 24 962 | 25 676 | 26 255 |
| Brandenburg | 2 726 | 2 609 | 2 680 | 2 343 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 1 850 | 1 828 | 1 662 | 1 586 |
| Sachsen | 3 927 | 3 827 | 3 666 | 3 636 |
| Sachsen-Anhalt | 2 221 | 2 034 | 2 087 | 2 097 |
| Thüringen | 2 511 | 2 494 | 2 449 | 2 281 |
| Neue Bundesländer insgesamt^b | 13 234 | 12 792 | 12 543 | 11 944 |
| Alle Bundesländer | 38 167 | 37 755 | 38 220 | 38 199 |

^aEinschließlich Berlin (Ost). – ^bOhne Berlin (Ost).

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

In Bayern hat die Land- und Forstwirtschaft während der Betrachtungsperiode steigende Finanzhilfen erhalten, vor allem für den Erhalt der Kulturlandschaft. Aber auch die Sektoren Verkehr, Fremdenverkehr und Staatsbäder sowie die (halb-)staatlichen Dienstleister mit Ausnahme der Krankenhäuser sind verstärkt gefördert worden. Auch sind die Mittelstandsförderung und die Beschäftigungspolitik ausgeweitet worden.

In Hessen sind die meisten Finanzhilfekategorien expandiert. Ausnahmen sind jene für die Land- und Forstwirtschaft, für die Wasserver- und -entsorgung sowie für die Abfallwirtschaft, für Beschäftigungspolitik. Für Staatsforsten sind

Tabelle 3: Finanzhilfen nach Bundesländern in der weiten Abgrenzung 1998–2001 (Mill. Euro)

| | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 |
|--|---------------|---------------|---------------|---------------|
| Baden-Württemberg | 7 319 | 7 192 | 7 397 | 7 471 |
| Bayern | 9 430 | 9 454 | 9 606 | 9 967 |
| Hessen | 4 201 | 4 363 | 4 325 | 4 619 |
| Niedersachsen | 4 826 | 4 737 | 4 970 | 5 316 |
| Nordrhein-Westfalen | 11 581 | 11 785 | 12 112 | 12 595 |
| Rheinland-Pfalz | 2 447 | 2 353 | 2 432 | 2 444 |
| Saarland | 769 | 757 | 794 | 840 |
| Schleswig-Holstein | 1 574 | 1 645 | 1 705 | 1 791 |
| Alte Flächenländer | 42 147 | 42 286 | 43 340 | 45 044 |
| Berlin ^a | 4 597 | 4 820 | 4 988 | 4 586 |
| Bremen | 733 | 659 | 757 | 719 |
| Hamburg | 1 701 | 1 646 | 1 618 | 1 620 |
| Stadtstaaten | 7 031 | 7 125 | 7 363 | 6 926 |
| Alte Bundesländer insgesamt | 49 178 | 49 411 | 50 704 | 51 969 |
| Brandenburg | 3 758 | 3 682 | 3 764 | 3 423 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 2 619 | 2 599 | 2 479 | 2 407 |
| Sachsen | 5 908 | 5 828 | 5 741 | 5 749 |
| Sachsen-Anhalt | 3 709 | 3 513 | 3 623 | 3 637 |
| Thüringen | 3 688 | 3 683 | 3 623 | 3 453 |
| Neue Bundesländer insgesamt^b | 19 682 | 19 305 | 19 229 | 18 669 |
| Alle Bundesländer | 68 860 | 68 715 | 69 933 | 70 638 |

^aEinschließlich Berlin (Ost). – ^bOhne Berlin (Ost).

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

keine Zuschüsse mehr angefallen. Niedersachsen hat vor allem die Finanzhilfen an die Institutionen ausgeweitet, die in der Grauzone zwischen Markt und Staat agieren. Aber auch die sektorspezifischen Finanzhilfen an Unternehmen sind durchweg ausgeweitet worden. Die Wettbewerbshilfen an die Schiffswerften sind im Jahr 2001 verdoppelt worden. Innerhalb der branchenübergreifenden Finanzhilfen sind jene für Regional- und Strukturpolitik gestiegen, weil im Jahr 2001 Mittel nach dem Ziel-2-Programm der EU bereitgestellt worden sind. Gefördert wurden vor allem Ausgaben für gewerbliche Investitionen, für Forschung und Entwicklung, für ökologische Umstrukturierung und für Tourismusprojekte.

Auch in Nordrhein-Westfalen lagen die meisten Finanzhilfekategorien im Aufwärtstrend. Ausnahmen waren die Sektoren Wohnungsvermietung und Bergbau. Auch wurden weniger Finanzhilfen für Kirchen und Religionsgemein-

schaften, für Pflegeeinrichtungen und für Innovationsförderung geleistet. In Schleswig-Holstein haben sich lediglich die Finanzhilfen für die Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen und für Mittelstandsförderung rückläufig entwickelt.

Dass in den fünf neuen Bundesländern und ihren Gemeinden die Finanzhilfen gesunken sind, hat mehrere Ursachen: So sind die Mittel für Wohnungsvermietung, die in der ersten Hälfte der neunziger Jahre stark aufgestockt worden sind, ebenso reduziert worden wie die für Regional- und Strukturpolitik. Auch sind die Ausgaben für sonstige Sektoren zurückgegangen, was vor allem daran liegt, dass die Länder weniger Altschulden übernommen haben als in den Jahren zuvor.

2. Finanzhilfen in Ostdeutschland deutlich höher als in Westdeutschland

Bei einem Vergleich der Subventionspolitik der Länder und ihrer Gemeinden sind absolute Finanzhilfedaten wenig aussagefähig. Man muss sie vielmehr an Indikatoren wie der Einwohnerzahl oder der regionalen Wirtschaftskraft relativieren.

Die Finanzhilfen je Einwohner betragen im Jahr 1999 in Ostdeutschland 917 Euro, wenn man die enge Abgrenzung zugrunde legt (Tabelle 4). Sie waren damit fast dreimal so hoch wie der Vergleichswert für die alten Flächenländer (323 Euro). Bezieht man die Stadtstaaten (einschließlich Berlin Ost) mit ein, ist der Abstand zwischen alten und neuen Bundesländern etwas weniger ausgeprägt. In erweiterter Abgrenzung beläuft sich das ostdeutsche Finanzhilfeniveau auf 1 384 Euro im Jahr 1999 (Tabelle 5). Das ist rund das Doppelte des Vergleichswertes der alten Flächenstaaten (677 Euro). Bei der Subventionierung der (halb-)staatlichen Dienstleister gibt es also weniger Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland als bei jener der Unternehmen.

Unter den alten Bundesländern haben Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein die niedrigste Finanzhilfequote, unter den neuen Bundesländern schneidet Sachsen am besten ab.

Tabelle 4: Finanzhilfen nach Bundesländern in der engen Abgrenzung 1998–1999 (Euro pro Einwohner)

| | 1998 | 1999 |
|--|------------|------------|
| Baden-Württemberg | 301 | 292 |
| Bayern | 389 | 381 |
| Hessen | 335 | 346 |
| Niedersachsen | 315 | 297 |
| Nordrhein-Westfalen | 319 | 326 |
| Rheinland-Pfalz | 274 | 244 |
| Saarland | 409 | 388 |
| Schleswig-Holstein | 272 | 284 |
| Alte Flächenländer | 327 | 323 |
| Berlin ^a | 948 | 1 037 |
| Bremen | 722 | 621 |
| Hamburg | 500 | 491 |
| Stadtstaaten | 790 | 827 |
| Alte Bundesländer insgesamt | 367 | 366 |
| Brandenburg | 1 053 | 1 003 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 1 028 | 1 022 |
| Sachsen | 875 | 858 |
| Sachsen-Anhalt | 831 | 768 |
| Thüringen | 1 019 | 1 018 |
| Neue Bundesländer insgesamt^b | 944 | 917 |
| Alle Bundesländer | 465 | 460 |

^aEinschließlich Berlin (Ost). – ^bOhne Berlin (Ost).

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt (2001); eigene Berechnungen.

Das Ost-West-Gefälle tritt noch stärker hervor, wenn man die Finanzhilfen statt an der Einwohnerzahl am Bruttoinlandsprodukt (BIP) relativiert (Tabelle 6), weil – bei vergleichbarer Erwerbsbeteiligung – die Produktivität in Ostdeutschland deutlich niedriger ist. Im Jahr 2001 war das ostdeutsche Niveau in enger (erweiterter) Abgrenzung 3,7 (2,9) mal so hoch wie das westdeutsche. Auffällig ist, dass die Finanzhilfequote in den neuen Bundesländern stark schwankt, während sie sich in den alten leicht, aber kontinuierlich zurückbildet.

Die Gründe für das ausgeprägte West-Ost-Gefälle werden deutlich, wenn man die Finanzhilfen nach Sektoren gliedert und die einzelnen Finanzhilfearten an Einwohnerzahlen relativiert. Das wird im folgenden Abschnitt erörtert.

Tabelle 5: Finanzhilfen nach Bundesländern in erweiterter Abgrenzung 1998–2001 (Euro pro Einwohner)

| | 1998 | 1999 |
|--|--------------|--------------|
| Baden-Württemberg | 702 | 687 |
| Bayern | 780 | 778 |
| Hessen | 696 | 721 |
| Niedersachsen | 613 | 600 |
| Nordrhein-Westfalen | 644 | 655 |
| Rheinland-Pfalz | 608 | 584 |
| Saarland | 716 | 706 |
| Schleswig-Holstein | 569 | 593 |
| Alte Flächenländer | 677 | 677 |
| Berlin ^a | 1 352 | 1 423 |
| Bremen | 1 097 | 994 |
| Hamburg | 1 001 | 965 |
| Stadtstaaten | 1 219 | 1 238 |
| Alte Bundesländer insgesamt | 723 | 724 |
| Brandenburg | 1 451 | 1 416 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 1 456 | 1 453 |
| Sachsen | 1 316 | 1 307 |
| Sachsen-Anhalt | 1 387 | 1 326 |
| Thüringen | 1 497 | 1 504 |
| Neue Bundesländer insgesamt^b | 1 404 | 1 384 |
| Alle Bundesländer | 839 | 836 |

^aEinschließlich Berlin (Ost). – ^bOhne Berlin (Ost).

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt (2001); eigene Berechnungen.

Tabelle 6: Finanzhilfen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt 1998–2001 (Prozent)

| | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 |
|--|------|------|------|------|
| Relative Finanzhilfen in enger Abgrenzung | | | | |
| in Ostdeutschland ^a | 6,08 | 5,74 | 5,60 | 5,24 |
| in Westdeutschland ^b | 1,46 | 1,43 | 1,43 | 1,43 |
| in erweiterter Abgrenzung | | | | |
| in Ostdeutschland ^a | 9,04 | 8,66 | 8,59 | 8,20 |
| in Westdeutschland ^b | 2,87 | 2,82 | 2,81 | 2,83 |

^aOhne Berlin (Ost). – ^bEinschließlich Berlin (Ost).

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt (2002); eigene Berechnungen.

3. Zur sektoralen Struktur der Finanzhilfen

Untersucht man die sektorale Empfängerstruktur bzw. – bei branchenübergreifenden Finanzhilfen – die damit verfolgten Ziele, fällt auf, dass der Schwerpunkt bei der gezielten Förderung eines engen Ausschnitts aus der gesamtwirtschaftlichen Produktionspalette liegt (Tabellen 7, 8 und 9). Mehr als 80 Prozent der Finanzhilfen in der engen Abgrenzung, die von den sechzehn Bundesländern vergeben worden sind, flossen an die Land- und Forstwirtschaft, den Bergbau, Schiffbau, Verkehr, Wohnungsvermietung, die Wasserver- und -entsorgung sowie Abfallwirtschaft, den Fremdenverkehr einschließlich Staatsbäder sowie an

Tabelle 7: Finanzhilfen aller Bundesländer (einschl. Gemeinden) nach begünstigten Wirtschaftssektoren bzw. Subventionszielen 1998–2001 (Mill. Euro)

| | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 |
|---|--------|--------|--------|--------|
| I. Sektorspezifische Finanzhilfen an Unternehmen | 30 577 | 30 466 | 31 079 | 30 974 |
| – Land- und Forstwirtschaft, Fischerei | 2 677 | 2 690 | 2 856 | 3 023 |
| – Bergbau | 931 | 913 | 884 | 797 |
| – Schiffbau | 112 | 89 | 94 | 119 |
| – Verkehr | 9 633 | 10 249 | 10 657 | 10 588 |
| – Wohnungsvermietung | 11 027 | 10 459 | 10 518 | 10 107 |
| – Wasserver- und -entsorgung, Abfall | 2 691 | 2 552 | 2 617 | 2 675 |
| – Fremdenverkehr, Bäder | 1 237 | 1 253 | 1 308 | 1 338 |
| – Sonstige Sektoren | 2 267 | 2 262 | 2 146 | 2 328 |
| II. Branchenübergreifende Finanzhilfen an Unternehmen | 7 590 | 7 289 | 7 140 | 7 225 |
| – Regionalpolitik, Strukturpolitik | 3 530 | 3 531 | 3 217 | 3 383 |
| – Umwelt, rationelle Energieverwendung | 295 | 294 | 368 | 388 |
| – Beschäftigungspolitik | 2 096 | 1 933 | 1 984 | 1 842 |
| – Förderung von Qualifikation | 552 | 559 | 494 | 573 |
| – Förderung von Innovationen etc. | 418 | 390 | 420 | 364 |
| – Mittelstandsförderung | 210 | 163 | 183 | 173 |
| – Investitionsförderung | 141 | 144 | 185 | 158 |
| – Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen | 349 | 276 | 289 | 344 |
| III. Finanzhilfen in der engen Abgrenzung (I+II) | 38 167 | 37 755 | 38 220 | 38 199 |
| IV. Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister | 30 693 | 30 961 | 31 713 | 32 440 |
| – Krankenhäuser | 5 589 | 5 504 | 5 742 | 5 901 |
| – Kindertagesstätten, Kinderkrippen | 8 777 | 8 903 | 8 989 | 9 146 |
| – Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter | 5 414 | 5 527 | 5 659 | 5 814 |
| – Staatsforsten | 545 | 491 | 552 | 575 |
| – Kirchen, Religionsgemeinschaften | 512 | 522 | 549 | 571 |
| – Pflegeeinrichtungen | 602 | 721 | 709 | 710 |
| – Sport, Freizeit | 4 710 | 4 724 | 4 848 | 4 942 |
| – Sonstige Empfänger | 4 545 | 4 568 | 4 665 | 4 781 |
| V. Finanzhilfen in erweiterter Abgrenzung (III+IV) | 68 860 | 68 715 | 69 933 | 70 638 |

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

sonstige ausgewählte Sektoren. Bezieht man die Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister mit ein, steigt der Anteil der sektoral identifizierbaren Finanzhilfen auf rund 90 Prozent an. Die Subventionspolitik ist somit kaum branchenübergreifend und auf wenige Wirtschaftssektoren konzentriert.

Tabelle 8: Finanzhilfen der alten^a Bundesländer (einschl. Gemeinden) nach begünstigten Wirtschaftssektoren bzw. Subventionszielen 1998–2001 (Mill. Euro)

| | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 |
|---|--------|--------|--------|--------|
| I. Sektorspezifische Finanzhilfen an Unternehmen | 21 784 | 21 935 | 22 573 | 22 750 |
| – Land- und Forstwirtschaft, Fischerei | 1 635 | 1 625 | 1 742 | 1 943 |
| – Bergbau | 764 | 735 | 714 | 641 |
| – Schiffbau | 57 | 51 | 64 | 88 |
| – Verkehr | 7 285 | 7 947 | 8 257 | 8 142 |
| – Wohnungsvermietung | 7 504 | 7 106 | 7 334 | 7 202 |
| – Wasserver- und -entsorgung, Abfall | 1 990 | 1 936 | 1 945 | 1 966 |
| – Fremdenverkehr, Bäder | 924 | 932 | 974 | 999 |
| – Sonstige Sektoren | 1 627 | 1 602 | 1 541 | 1 766 |
| II. Branchenübergreifende Finanzhilfen an Unternehmen | 3 148 | 3 028 | 3 104 | 3 506 |
| – Regionalpolitik, Strukturpolitik | 1 071 | 1 113 | 1 071 | 1 472 |
| – Umwelt, rationelle Energieverwendung | 186 | 136 | 210 | 196 |
| – Beschäftigungspolitik | 1 064 | 1 047 | 1 007 | 974 |
| – Förderung von Qualifikation | 144 | 132 | 137 | 181 |
| – Förderung von Innovationen etc. | 223 | 219 | 230 | 201 |
| – Mittelstandsförderung | 129 | 122 | 143 | 146 |
| – Investitionsförderung | 32 | 32 | 62 | 38 |
| – Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen | 299 | 226 | 243 | 298 |
| III. Finanzhilfen in der engen Abgrenzung (I+II) | 24 933 | 24 962 | 25 676 | 26 255 |
| IV. Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister | 24 245 | 24 448 | 25 027 | 25 714 |
| – Krankenhäuser | 4 406 | 4 368 | 4 489 | 4 673 |
| – Kindertagesstätten, Kinderkrippen | 6 862 | 6 977 | 7 087 | 7 228 |
| – Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter | 4 154 | 4 269 | 4 373 | 4 505 |
| – Staatsforsten | 305 | 276 | 300 | 326 |
| – Kirchen, Religionsgemeinschaften | 425 | 432 | 453 | 471 |
| – Pflegeeinrichtungen | 350 | 396 | 411 | 402 |
| – Sport, Freizeit | 3 889 | 3 879 | 3 984 | 4 053 |
| – Sonstige Empfänger | 3 854 | 3 851 | 3 930 | 4 056 |
| V. Finanzhilfen in erweiterter Abgrenzung (III+IV) | 49 178 | 49 411 | 50 704 | 51 969 |

^aEinschließlich Berlin (Ost).

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Da – wie aus früheren Studien ersichtlich – das gesamtwirtschaftliche Gewicht der staatlich protegierten Sektoren, die den Löwenanteil des „Subventionskuchens“ verschlingen, relativ niedrig ist (Rosenschon 1994: 10–11), muss man

schlussfolgern: Das Gros der Unternehmen der Bundesrepublik geht bei der Subventionsverteilung leer aus und muss die Mittel erwirtschaften, die der Staat wenigen Günstlingen aus der Masse der Produzenten zukommen lässt. Hingegen herrscht in der Öffentlichkeit mitunter der falsche Eindruck vor, der Staat verteile gleichsam mit der Gießkanne einen warmen Subventionsregen über die Unternehmenslandschaft.

Tabelle 9: Finanzhilfen der neuen^a Bundesländer (einschl. Gemeinden) nach begünstigten Wirtschaftssektoren bzw. Subventionszielen 1998–2001 (Mill. Euro)

| | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 |
|---|--------|--------|--------|--------|
| I. Sektorspezifische Finanzhilfen an Unternehmen | 8 793 | 8 531 | 8 507 | 8 225 |
| – Land- und Forstwirtschaft, Fischerei | 1 043 | 1 064 | 1 114 | 1 080 |
| – Bergbau | 167 | 178 | 170 | 155 |
| – Schiffbau | 55 | 38 | 30 | 31 |
| – Verkehr | 2 349 | 2 302 | 2 399 | 2 445 |
| – Wohnungsvermietung | 3 524 | 3 353 | 3 184 | 2 904 |
| – Wasserver- und -entsorgung, Abfall | 702 | 616 | 672 | 708 |
| – Fremdenverkehr, Bäder | 313 | 320 | 333 | 339 |
| – Sonstige Sektoren | 640 | 659 | 604 | 561 |
| II. Branchenübergreifende Finanzhilfen an Unternehmen | 4 442 | 4 261 | 4 037 | 3 719 |
| – Regionalpolitik, Strukturpolitik | 2 459 | 2 418 | 2 146 | 1 911 |
| – Umwelt, rationelle Energieverwendung | 108 | 157 | 159 | 192 |
| – Beschäftigungspolitik | 1 032 | 886 | 977 | 868 |
| – Förderung von Qualifikation | 408 | 426 | 357 | 391 |
| – Förderung von Innovationen etc. | 195 | 170 | 190 | 163 |
| – Mittelstandsförderung | 81 | 41 | 40 | 27 |
| – Investitionsförderung | 109 | 113 | 122 | 120 |
| – Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen | 49 | 50 | 46 | 47 |
| III. Finanzhilfen in der engen Abgrenzung (I+II) | 13 234 | 12 792 | 12 543 | 11 944 |
| IV. Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister | 6 448 | 6 512 | 6 686 | 6 725 |
| – Krankenhäuser | 1 182 | 1 136 | 1 253 | 1 229 |
| – Kindertagesstätten, Kinderkrippen | 1 915 | 1 926 | 1 902 | 1 917 |
| – Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter | 1 260 | 1 258 | 1 287 | 1 309 |
| – Staatsforsten | 240 | 215 | 252 | 249 |
| – Kirchen, Religionsgemeinschaften | 87 | 90 | 95 | 99 |
| – Pflegeeinrichtungen | 251 | 325 | 297 | 308 |
| – Sport, Freizeit | 821 | 845 | 864 | 889 |
| – Sonstige Empfänger | 691 | 717 | 735 | 725 |
| V. Finanzhilfen in erweiterter Abgrenzung (III+IV) | 19 682 | 19 305 | 19 229 | 18 669 |

^aOhne Berlin (Ost).

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Das Strukturbild verschiebt sich, wenn man die Gruppe der alten und der neuen Bundesländer getrennt analysiert. Für die alten Bundesländer betrug im Jahr 2001 der Anteil der sektoral identifizierbaren Finanzhilfen 88 Prozent auf der Basis der engen Abgrenzung und 94 Prozent, wenn man den erweiterten Begriff zugrunde legt. Die Vergleichswerte für die Gruppe der neuen Bundesländer bezifferten sich auf nur 69 Prozent bzw. 80. Dahinter steht ein höheres Gewicht der Regional- und Strukturpolitik sowie der Beschäftigungspolitik. Allerdings sind für das Jahr 1995 für die sektorspezifischen noch deutlich niedrigere Werte von 47 Prozent bzw. 62 Prozent ermittelt worden (Rosenschon 1997: 13). Im Anstieg der Werte kommt vor allem zum Ausdruck, dass sich der Mitteleinsatz für Regional- und Strukturpolitik nach den sehr hohen Beträgen in der ersten Hälfte der neunziger Jahre in der zweiten Hälfte wieder normalisiert hat.

4. Finanzhilfen je Einwohner in den neuen Ländern fast durchweg höher als in den alten

Relativiert man die nach Wirtschaftssectoren bzw. Subventionszielen aufgefächerten Finanzhilfen an den Einwohnerzahlen der alten und neuen Bundesländer (Tabelle 10), liegt das Beitrittsgebiet fast durchweg vorn. Neben den bereits erörterten höheren Mitteleinsätzen für Regional- und Strukturpolitik sowie für Beschäftigungspolitik sind auch die meisten sektorspezifischen Finanzhilfen in Ostdeutschland deutlich höher als in Westdeutschland. Dies trifft vor allem für jene zugunsten von Unternehmen zu, während bei den Finanzhilfen zugunsten von (halb-)staatlichen Dienstleistern die Unterschiede weniger stark ausgeprägt sind. Von starker Durchschlagkraft auf das Finanzhilfenvolumen Ostdeutschlands sind wegen des relativ hohen Gewichts die „Vorsprünge“ in den Sektoren Wohnungsvermietung und Verkehr. Bei den Agrarsubventionen wirkt sich das relativ hohe Gewicht des primären Sektors in den neuen Bundesländern aus. Finanzhilfen werden hier mit Schwerpunkt im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ vergeben. Flankierend werden Mittel aus eigenen Programmen der Länder eingesetzt.

Tabelle 10: Finanzhilfen in den alten und neuen Bundesländern (einschl. Gemeinden) nach begünstigten Wirtschaftssektoren bzw. Subventionszielen 1998–2001 (Euro pro Einwohner)

| | Bundesländer | | | |
|---|------------------|------------------|------------------|------------------|
| | neu ^a | alt ^b | neu ^a | alt ^b |
| | 1998 | | 1999 | |
| I. Sektorspezifische Finanzhilfen an Unternehmen | 627 | 320 | 612 | 321 |
| – Land- und Forstwirtschaft, Fischerei | 74 | 24 | 76 | 24 |
| – Bergbau | 12 | 11 | 13 | 11 |
| – Schiffbau | 4 | 1 | 3 | 1 |
| – Verkehr | 168 | 107 | 165 | 116 |
| – Wohnungsvermietung | 251 | 110 | 240 | 104 |
| – Wasserver- und -entsorgung, Abfall | 50 | 29 | 44 | 28 |
| – Fremdenverkehr, Bäder | 22 | 14 | 23 | 14 |
| – Sonstige Sektoren | 46 | 24 | 47 | 23 |
| II. Branchenübergreifende Finanzhilfen an Unternehmen | 317 | 46 | 305 | 44 |
| – Regionalpolitik, Strukturpolitik | 175 | 16 | 173 | 16 |
| – Umwelt, rationelle Energieverwendung | 8 | 3 | 11 | 2 |
| – Beschäftigungspolitik | 74 | 16 | 64 | 15 |
| – Förderung von Qualifikation | 29 | 2 | 31 | 2 |
| – Förderung von Innovationen etc. | 14 | 3 | 12 | 3 |
| – Mittelstandsförderung | 6 | 2 | 3 | 2 |
| – Investitionsförderung | 8 | 0 | 8 | 0 |
| – Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen | 4 | 4 | 4 | 3 |
| III. Finanzhilfen in der engen Abgrenzung (I+II) | 944 | 367 | 917 | 366 |
| IV. Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister | 460 | 356 | 467 | 358 |
| – Krankenhäuser | 84 | 65 | 81 | 64 |
| – Kindertagesstätten, Kinderkrippen | 137 | 101 | 138 | 102 |
| – Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter | 90 | 61 | 90 | 63 |
| – Staatsforsten | 17 | 4 | 15 | 4 |
| – Kirchen, Religionsgemeinschaften | 6 | 6 | 6 | 6 |
| – Pflegeeinrichtungen | 18 | 5 | 23 | 6 |
| – Sport, Freizeit | 59 | 57 | 61 | 57 |
| – Sonstige Empfänger | 49 | 57 | 51 | 56 |
| V. Finanzhilfen in erweiterter Abgrenzung (III+IV) | 1 404 | 723 | 1 384 | 724 |

^aOhne Berlin (Ost). – ^bEinschließlich Berlin (Ost).

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt (2001); eigene Berechnungen.

IV. Subventionsabbau erfordert Wettbewerbsföderalismus

Die wachstumshemmende Wirkung der hohen Finanzhilfen der Bundesländer ist wohl unbestritten. Die Subventionspolitik fördert schrumpfende Sektoren wie

die Landwirtschaft, den Schiffbau und (in Westdeutschland) den Steinkohlebergbau. In Ostdeutschland dürfte Regionalpolitik zum Teil der Erhaltung so genannter Altindustrien dienen. Des Weiteren kommen gezielt Binnensektoren, die vom frischen Wind des internationalen Wettbewerbs weitgehend abgeschirmt sind, in den Genuss staatlicher Förderung. Zu nennen sind öffentlicher Personennahverkehr, sozialer Wohnungsbau, Krankenhäuser, Kindergärten, Theater, Museen etc. Pendant zur Förderung sind Diskriminierungen an anderer Stelle. Sie betreffen weite Teile des Verarbeitenden Gewerbes, die sich am Weltmarkt behaupten müssen sowie die modernen Dienstleistungen wie Beratungsdienste und Telekommunikation.

Die Finanzhilfen sind nicht nur ein Wachstumshemmnis in Westdeutschland, sondern sie stehen auch dem "Aufschwung Ost" im Wege. Denn wie soll sich möglichst zügig eine moderne Produktionsstruktur herausbilden, wenn die Produktionsfaktoren durch staatliche Alimente genau in die andere Richtung gelockt bzw. dort gehalten werden?

Die rückläufigen Finanzhilfen in Ostdeutschland sind kein Indiz dafür, dass erste Erfolge beim Subventionsabbau zu verzeichnen sind und somit „Entwarnung“ angesagt ist. Vielmehr handelt es sich um eine technische Reaktion auf die exorbitant hohen Steigerungsraten in der ersten Hälfte der neunziger Jahre (Rosenschon: 1997). Wenn ein normales Finanzhilfeniveau erreicht ist, ist wieder mit einem Anstieg zu rechnen.

Nachhaltiger Subventionsabbau erfordert strukturelle Reformen. Im gegenwärtigen System des Vollzugsföderalismus (Blankart: 1998) können die nachgelagerten Gebietskörperschaften ihr Finanzhilfeniveau nur in engen Grenzen autonom beeinflussen. Vielmehr sind sie in ein enges Korsett aus zentralistischen Vorgaben sowie Mischfinanzierung eingeschnürt. Dort wo Kürzungsmöglichkeiten bestehen, können die potentiellen Ersparnisse nicht in niedrigere Steuern für die Region umgesetzt werden, weil das Steuerwesen weitgehend zentralistisch strukturiert ist. Auch bestehen kaum Anreize, die ohnehin niedrigen Autonomiespielräume finanzhilfesenkend zu nutzen: Denn wenn Schuldenabbau zu Zuwanderungen und somit zu zusätzlichen Steuereinnahmen führt, muss der Löwenanteil an die regionale Umverteilungskasse abgeführt werden

Da das föderale System echtem Wettbewerb zwischen den Regionen im Wege steht und letztlich das Entstehen moderner Produktionsstrukturen behindert, sollten die Länder und Gemeinden in die Finanzautonomie entlassen werden.

Sie wären in diesem Konzept in der Steuer- und Ausgabenpolitik weitgehend unabhängig von zentralstaatlichen Normen, und sie stünden untereinander im Wettbewerb um die beste Finanzpolitik. Wettbewerbsföderalismus würde Subventionsabbau erzwingen.

Ist Deutschland zu einer solchen Strukturreform nicht fähig, wäre durch mehr Transparenz in der Subventionspolitik schon viel gewonnen. Das Land Rheinland-Pfalz verteilt nicht nur die niedrigsten Subventionen je Einwohner. Es erstellt zudem einen Subventionsbericht auf der Basis der erweiterten Definition des Instituts für Weltwirtschaft, der per Internet für jeden interessierten Bürger einsehbar ist (Ministerium der Finanzen des Landes Rheinland Pfalz: 2002). Diese Offenlegung diszipliniert die Politiker, die ansonsten gerne die Kosten staatlicher Wohltaten verschweigen.

V. Anhangtabellen

Tabelle A1: Finanzhilfen des Landes Baden-Württemberg (einschl. Gemeinden) (1 000 Euro)

| | 1998 | 1999 | 2000 ^a | 2001 ^a |
|---|-----------|-----------|-------------------|-------------------|
| I. Sektorspezifische Finanzhilfen an Unternehmen | 3 051 785 | 2 978 188 | 3 004 769 | 3 047 872 |
| – Land- und Forstwirtschaft, Fischerei | 374 905 | 385 782 | 396 520 | 400 903 |
| – Verkehr | 1 077 362 | 1 165 515 | 1 127 418 | 1 163 116 |
| – Wohnungsvermietung | 839 730 | 692 366 | 705 947 | 698 664 |
| – Wasserver- und -entsorgung, Abfall | 380 089 | 364 583 | 394 639 | 398 939 |
| – Fremdenverkehr, Bäder | 148 350 | 144 786 | 146 178 | 150 053 |
| – Sonstige Sektoren | 231 349 | 225 157 | 234 068 | 236 197 |
| II. Branchenübergreifende Finanzhilfen an Unternehmen | 89 391 | 79 942 | 84 080 | 84 978 |
| – Regionalpolitik, Strukturpolitik | 4 474 | 11 713 | 15 180 | 16 714 |
| – Umwelt, rationelle Energieverwendung | 4 971 | 6 966 | 5 933 | 5 043 |
| – Beschäftigungspolitik | 28 919 | 18 023 | 17 921 | 17 921 |
| – Förderung von Qualifikation | 17 286 | 21 866 | 21 497 | 21 402 |
| – Förderung von Innovationen etc. | 7 047 | 10 342 | 11 682 | 11 847 |
| – Mittelstandsförderung | 7 194 | 8 117 | 5 323 | 3 718 |
| – Investitionsförderung | 1 416 | 2 659 | 3 732 | 5 522 |
| – Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen | 18 085 | 256 | 2 812 | 2 812 |
| III. Finanzhilfen in der engen Abgrenzung (I+II) | 3 141 176 | 3 058 130 | 3 088 850 | 3 132 850 |
| IV. Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister | 4 178 187 | 4 134 160 | 4 308 455 | 4 338 300 |
| – Krankenhäuser | 554 342 | 600 170 | 620 612 | 622 529 |
| – Kindertagesstätten, Kinderkrippen | 1 190 614 | 1 168 494 | 1 218 823 | 1 245 650 |
| – Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter | 659 552 | 663 708 | 674 449 | 686 242 |
| – Staatsforsten | 37 186 | 23 640 | 79 250 | 31 324 |
| – Kirchen, Religionsgemeinschaften | 105 664 | 112 416 | 118 085 | 121 286 |
| – Pflegeeinrichtungen | 49 095 | 57 633 | 44 851 | 44 851 |
| – Sport, Freizeit | 980 859 | 930 719 | 959 277 | 978 505 |
| – Sonstige Empfänger | 600 876 | 577 380 | 593 109 | 607 913 |
| V. Finanzhilfen in erweiterter Abgrenzung (III+IV) | 7 319 362 | 7 192 290 | 7 397 305 | 7 471 150 |

^aHaushaltssollwerte.

Quelle: Staatshaushaltsplan des Landes Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2000 und 2001; eigene Berechnungen.

Tabelle A2: Finanzhilfen des Landes Bayern (einschl. Gemeinden) (1 000 Euro)

| | 1998 | 1999 | 2000 ^a | 2001 ^a |
|---|-----------|-----------|-------------------|-------------------|
| I. Sektorspezifische Finanzhilfen an Unternehmen | 4 238 317 | 4 221 188 | 4 413 116 | 4 568 988 |
| – Land- und Forstwirtschaft, Fischerei | 683 810 | 684 709 | 724 692 | 817 015 |
| – Verkehr | 1 507 862 | 1 544 625 | 1 586 559 | 1 686 936 |
| – Wohnungsvermietung | 825 006 | 793 681 | 836 762 | 791 763 |
| – Luft- und Raumfahrzeugbau | 11 083 | 3 323 | 0 | 2 301 |
| – Wasserver- und -entsorgung, Abfall | 750 099 | 726 696 | 759 402 | 769 855 |
| – Fremdenverkehr, Bäder | 192 470 | 194 436 | 212 291 | 214 328 |
| – Sonstige Sektoren | 267 986 | 273 717 | 293 409 | 286 790 |
| II. Branchenübergreifende Finanzhilfen an Unternehmen | 460 245 | 412 768 | 359 079 | 433 884 |
| – Regionalpolitik, Strukturpolitik | 211 106 | 201 978 | 161 301 | 211 307 |
| – Umwelt, rationelle Energieverwendung | 15 409 | 9 248 | 2 045 | 4 090 |
| – Beschäftigungspolitik | 47 390 | 36 479 | 39 932 | 52 561 |
| – Förderung von Qualifikation | 23 716 | 19 622 | 20 579 | 24 620 |
| – Förderung von Innovationen etc. | 71 665 | 62 870 | 39 574 | 41 261 |
| – Mittelstandsförderung | 36 868 | 28 430 | 39 063 | 46 016 |
| – Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen | 54 091 | 54 141 | 56 585 | 54 028 |
| III. Finanzhilfen in der engen Abgrenzung (I+II) | 4 698 562 | 4 633 957 | 4 772 195 | 5 002 872 |
| IV. Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister | 4 730 992 | 4 819 631 | 4 833 854 | 4 964 581 |
| – Krankenhäuser | 1 239 699 | 1 228 866 | 1 201 244 | 1 228 353 |
| – Kindertagesstätten, Kinderkrippen | 1 105 700 | 1 134 027 | 1 140 164 | 1 162 993 |
| – Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter | 834 187 | 886 066 | 892 051 | 900 905 |
| – Staatsforsten | 103 561 | 98 217 | 94 589 | 122 710 |
| – Kirchen, Religionsgemeinschaften | 116 638 | 118 125 | 124 185 | 130 521 |
| – Pflegeeinrichtungen | 23 692 | 21 233 | 24 542 | 24 542 |
| – Sport, Freizeit | 664 742 | 680 662 | 690 559 | 715 390 |
| – Sonstige Empfänger | 642 772 | 652 436 | 666 520 | 679 167 |
| V. Finanzhilfen in erweiterter Abgrenzung (III+IV) | 9 429 555 | 9 453 588 | 9 606 050 | 9 967 453 |

^aHaushaltssollwerte.

Quelle: Haushaltsplan des Freistaats Bayern für die Haushaltsjahre 2001 und 2002; eigene Berechnungen.

Tabelle A3: Finanzhilfen des Stadtstaates Berlin (1 000 Euro)

| | 1998 | 1999 | 2000 ^a | 2001 ^a |
|---|-----------|-----------|-------------------|-------------------|
| I. Sektorspezifische Finanzhilfen an Unternehmen | 2 626 468 | 2 949 640 | 3 074 567 | 2 776 913 |
| – Land- und Forstwirtschaft, Fischerei | 4 901 | 277 | 2 878 | 1 625 |
| – Verkehr | 833 661 | 1 173 548 | 1 251 974 | 969 266 |
| – Wohnungsvermietung | 1 704 356 | 1 655 458 | 1 708 779 | 1 700 929 |
| – Wasserver- und -entsorgung, Abfall | 0 | 251 | 77 | 77 |
| – Fremdenverkehr, Bäder | 2 163 | 4 316 | 5 117 | 2 812 |
| – Sonstige Sektoren | 81 387 | 115 790 | 105 742 | 102 205 |
| II. Branchenübergreifende Finanzhilfen an Unternehmen | 597 044 | 561 992 | 499 760 | 435 052 |
| – Regionalpolitik, Strukturpolitik | 218 250 | 242 071 | 163 721 | 173 170 |
| – Umwelt, rationelle Energieverwendung | 40 785 | 11 532 | 19 723 | 24 990 |
| – Beschäftigungspolitik | 194 524 | 236 404 | 207 494 | 160 994 |
| – Förderung von Qualifikation | 27 341 | 2 356 | 2 356 | 0 |
| – Förderung von Innovationen etc. | 10 951 | 9 957 | 45 032 | 2 689 |
| – Mittelstandsförderung | 2 833 | 4 593 | 2 987 | 2 950 |
| – Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen | 102 360 | 55 078 | 58 447 | 70 259 |
| III. Finanzhilfen in der engen Abgrenzung (I+II) | 3 223 512 | 3 511 632 | 3 574 327 | 3 211 965 |
| IV. Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister | 1 373 071 | 1 308 308 | 1 413 545 | 1 374 238 |
| – Krankenhäuser | 515 676 | 459 979 | 481 356 | 487 706 |
| – Kindertagesstätten, Kinderkrippen | 184 320 | 189 023 | 221 476 | 234 976 |
| – Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter | 445 722 | 446 703 | 475 769 | 424 927 |
| – Staatsforsten | 14 341 | 12 965 | 11 349 | 13 299 |
| – Kirchen, Religionsgemeinschaften | 24 923 | 25 022 | 30 288 | 29 669 |
| – Pflegeeinrichtungen | 24 252 | 53 105 | 61 623 | 71 985 |
| – Sport, Freizeit | 141 221 | 108 207 | 113 033 | 88 292 |
| – Sonstige Empfänger | 22 615 | 13 304 | 18 651 | 23 382 |
| V. Finanzhilfen in erweiterter Abgrenzung (III+IV) | 4 596 583 | 4 819 940 | 4 987 872 | 4 586 203 |

^aHaushaltssollwerte.

Quelle: Haushaltsplan von Berlin für die Haushaltsjahre 2000 und 2001; eigene Berechnungen.

Tabelle A4: Finanzhilfen des Stadtstaates Bremen (1 000 Euro)

| | 1998 | 1999 | 2000 ^a | 2001 ^a |
|---|---------|---------|-------------------|-------------------|
| I. Sektorspezifische Finanzhilfen an Unternehmen | 344 051 | 309 735 | 349 410 | 321 354 |
| – Land- und Forstwirtschaft, Fischerei | 3 636 | 2 960 | 2 734 | 2 729 |
| – Verkehr | 926 | 1 309 | 13 805 | 8 847 |
| – Wohnungsvermietung | 82 008 | 139 645 | 176 324 | 144 982 |
| – Luft- und Raumfahrzeugbau | 122 427 | 127 166 | 116 104 | 122 706 |
| – Wasserver- und -entsorgung, Abfall | 2 144 | 1 679 | 7 299 | 3 321 |
| – Fremdenverkehr, Bäder | 8 751 | 2 940 | 2 451 | 7 526 |
| – Sonstige Sektoren | 124 158 | 34 036 | 30 693 | 31 242 |
| II. Branchenübergreifende Finanzhilfen an Unternehmen | 138 247 | 102 134 | 170 816 | 152 818 |
| – Regionalpolitik, Strukturpolitik | 9 688 | 28 817 | 40 987 | 42 118 |
| – Umwelt, rationelle Energieverwendung | 7 836 | 2 155 | 17 080 | 1 692 |
| – Beschäftigungspolitik | 42 549 | 42 979 | 36 485 | 40 242 |
| – Förderung von Qualifikation | 4 619 | 4 060 | 2 572 | 2 524 |
| – Förderung von Innovationen etc. | 2 158 | 2 764 | 3 976 | 6 079 |
| – Mittelstandsförderung | 9 238 | 3 073 | 4 316 | 5 531 |
| – Investitionsförderung | 4 067 | 0 | 28 121 | 7 669 |
| – Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen | 58 092 | 18 286 | 37 280 | 46 963 |
| III. Finanzhilfen in der engen Abgrenzung (I+II) | 482 298 | 411 869 | 520 226 | 474 173 |
| IV. Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister | 250 546 | 247 155 | 236 886 | 245 196 |
| – Krankenhäuser | 36 842 | 29 958 | 36 441 | 30 046 |
| – Kindertagesstätten, Kinderkrippen | 36 170 | 35 791 | 35 608 | 35 083 |
| – Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter | 68 827 | 68 293 | 78 839 | 78 092 |
| – Kirchen, Religionsgemeinschaften | 394 | 343 | 291 | 291 |
| – Pflegeeinrichtungen | 6 883 | 9 134 | 7 936 | 7 831 |
| – Sport, Freizeit | 15 309 | 10 325 | 12 902 | 12 143 |
| – Sonstige Empfänger | 86 123 | 93 312 | 64 868 | 81 710 |
| V. Finanzhilfen in erweiterter Abgrenzung (III+IV) | 732 844 | 659 025 | 757 111 | 719 369 |

^aHaushaltssollwerte.

Quelle: *Haushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen* für die Haushaltsjahre 2000 und 2001; *Haushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde)* für die Haushaltsjahre 2000 und 2001; *Haushaltsplan der Seestadt Bremerhaven* für die Haushaltsjahre 2000 und 2001; eigene Berechnungen.

Tabelle A5: Finanzhilfen des Stadtstaates Hamburg (1 000 Euro)

| | 1998 | 1999 | 2000 ^a | 2001 ^a |
|---|-----------|-----------|-------------------|-------------------|
| I. Sektorspezifische Finanzhilfen an Unternehmen | 613 871 | 608 502 | 541 389 | 566 353 |
| – Land- und Forstwirtschaft, Fischerei | 3 350 | 4 643 | 5 353 | 3 117 |
| – Schiffbau | 9 390 | 13 736 | 10 364 | 9 290 |
| – Verkehr | 166 314 | 153 292 | 172 260 | 168 435 |
| – Wohnungsvermietung | 315 683 | 326 477 | 313 019 | 338 093 |
| – Wasserver- und -entsorgung, Abfall | 10 879 | 11 583 | 7 721 | 2 096 |
| – Sonstige Sektoren | 108 256 | 98 771 | 32 672 | 45 321 |
| II. Branchenübergreifende Finanzhilfen an Unternehmen | 236 368 | 228 462 | 253 328 | 234 104 |
| – Umwelt, rationelle Energieverwendung | 4 897 | 6 069 | 6 639 | 5 610 |
| – Beschäftigungspolitik | 191 833 | 173 533 | 195 865 | 174 678 |
| – Förderung von Innovationen etc. | 1 682 | 1 860 | 1 120 | 991 |
| – Mittelstandsförderung | 2 248 | 2 092 | 1 060 | 2 096 |
| – Investitionsförderung | 24 681 | 25 899 | 30 463 | 24 526 |
| – Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen | 11 028 | 19 008 | 18 181 | 26 202 |
| III. Finanzhilfen in der engen Abgrenzung (I+II) | 850 239 | 836 964 | 794 717 | 800 457 |
| IV. Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister | 850 916 | 809 086 | 823 523 | 819 477 |
| – Krankenhäuser | 135 433 | 101 136 | 93 099 | 114 849 |
| – Kindertagesstätten, Kinderkrippen | 266 365 | 292 361 | 294 308 | 284 594 |
| – Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter | 178 436 | 169 895 | 178 220 | 172 301 |
| – Kirchen, Religionsgemeinschaften | 256 | 256 | 409 | 3 911 |
| – Pflegeeinrichtungen | 0 | 1 775 | 1 778 | 0 |
| – Sport, Freizeit | 20 357 | 25 721 | 32 691 | 21 079 |
| – Sonstige Empfänger | 250 070 | 217 943 | 223 018 | 222 742 |
| V. Finanzhilfen in erweiterter Abgrenzung (III+IV) | 1 701 156 | 1 646 050 | 1 618 240 | 1 619 933 |

^aHaushaltssollwerte.

Quelle: Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg für die Haushaltsjahre 2000 und 2001; eigene Berechnungen.

Tabelle A6: Finanzhilfen des Landes Hessen (einschl. Gemeinden) (1 000 Euro)

| | 1998 | 1999 | 2000 ^a | 2001 ^a |
|---|-----------|-----------|-------------------|-------------------|
| I. Sektorspezifische Finanzhilfen an Unternehmen | 1 889 827 | 1 949 820 | 1 852 355 | 1 945 767 |
| – Land- und Forstwirtschaft, Fischerei | 39 176 | 34 753 | 36 763 | 37 192 |
| – Verkehr | 699 468 | 747 904 | 685 112 | 764 564 |
| – Wohnungsvermietung | 560 036 | 577 913 | 589 447 | 577 041 |
| – Wasserver- und -entsorgung, Abfall | 395 063 | 389 135 | 324 083 | 314 381 |
| – Fremdenverkehr, Bäder | 79 633 | 82 112 | 86 759 | 88 648 |
| – Sonstige Sektoren | 116 450 | 118 004 | 130 191 | 163 941 |
| II. Branchenübergreifende Finanzhilfen an Unternehmen | 133 956 | 146 909 | 195 000 | 236 749 |
| – Regionalpolitik, Strukturpolitik | 35 106 | 36 917 | 61 662 | 70 073 |
| – Umwelt, rationelle Energieverwendung | 10 707 | 10 377 | 47 407 | 49 099 |
| – Beschäftigungspolitik | 64 905 | 62 924 | 58 034 | 57 442 |
| – Förderung von Qualifikation | 13 155 | 16 980 | 22 243 | 34 728 |
| – Förderung von Innovationen etc. | 3 949 | 9 753 | 2 500 | 19 787 |
| – Mittelstandsförderung | 1 495 | 1 723 | 1 374 | 1 914 |
| – Investitionsförderung | 0 | 2 556 | 0 | 0 |
| – Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen | 4 639 | 5 679 | 1 779 | 3 707 |
| III. Finanzhilfen in der engen Abgrenzung (I+II) | 2 023 783 | 2 096 729 | 2 047 355 | 2 182 515 |
| IV. Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister | 2 176 838 | 2 265 879 | 2 277 204 | 2 436 592 |
| – Krankenhäuser | 360 438 | 388 104 | 398 055 | 405 155 |
| – Kindertagesstätten, Kinderkrippen | 673 980 | 718 804 | 686 083 | 704 140 |
| – Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter | 367 314 | 377 947 | 385 147 | 479 855 |
| – Staatsforsten | 3 328 | 0 | 0 | 0 |
| – Kirchen, Religionsgemeinschaften | 46 937 | 48 465 | 48 798 | 54 623 |
| – Pflegeeinrichtungen | 19 784 | 14 230 | 17 895 | 16 361 |
| – Sport, Freizeit | 385 570 | 392 982 | 406 335 | 418 168 |
| – Sonstige Empfänger | 319 487 | 325 348 | 334 892 | 358 290 |
| V. Finanzhilfen in erweiterter Abgrenzung (III+IV) | 4 200 621 | 4 362 608 | 4 324 559 | 4 619 107 |

^aHaushaltssollwerte.

Quelle: Haushaltsplan des Landes Hessen für die Haushaltsjahre 2000 und 2001; eigene Berechnungen.

Tabelle A7: Finanzhilfen des Landes Niedersachsen (einschl. Gemeinden) (1 000 Euro)

| | 1998 | 1999 | 2000 ^a | 2001 ^a |
|---|-----------|-----------|-------------------|-------------------|
| I. Sektorspezifische Finanzhilfen an Unternehmen | 2 193 535 | 2 097 197 | 2 245 655 | 2 314 714 |
| – Land- und Forstwirtschaft, Fischerei | 188 877 | 178 543 | 185 390 | 228 105 |
| – Schiffbau | 25 565 | 22 940 | 24 720 | 47 346 |
| – Verkehr | 685 304 | 642 423 | 700 202 | 690 651 |
| – Wohnungsvermietung | 766 409 | 747 679 | 790 419 | 780 277 |
| – Wasserver- und -entsorgung, Abfall | 99 280 | 109 283 | 113 653 | 134 798 |
| – Fremdenverkehr, Bäder | 173 039 | 171 929 | 177 806 | 181 814 |
| – Sonstige Sektoren | 255 062 | 224 400 | 253 465 | 251 724 |
| II. Branchenübergreifende Finanzhilfen an Unternehmen | 283 563 | 250 114 | 269 346 | 413 397 |
| – Regionalpolitik, Strukturpolitik | 59 405 | 67 348 | 54 552 | 193 485 |
| – Umwelt, rationelle Energieverwendung | 35 059 | 17 396 | 33 474 | 24 034 |
| – Beschäftigungspolitik | 106 877 | 76 729 | 79 686 | 89 018 |
| – Förderung von Qualifikation | 9 548 | 3 543 | 9 043 | 7 138 |
| – Förderung von Innovationen etc. | 31 450 | 30 939 | 34 492 | 36 332 |
| – Mittelstandsförderung | 32 876 | 31 607 | 49 237 | 42 412 |
| – Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen | 8 347 | 22 552 | 8 861 | 20 978 |
| III. Finanzhilfen in der engen Abgrenzung (I+II) | 2 477 098 | 2 347 311 | 2 515 001 | 2 728 111 |
| IV. Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister | 2 348 420 | 2 390 052 | 2 454 753 | 2 587 609 |
| – Krankenhäuser | 375 610 | 352 228 | 404 160 | 423 132 |
| – Kindertagesstätten, Kinderkrippen | 638 963 | 649 761 | 648 269 | 658 521 |
| – Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter | 389 335 | 400 204 | 393 475 | 408 908 |
| – Staatsforsten | 39 464 | 30 837 | 28 555 | 76 564 |
| – Kirchen, Religionsgemeinschaften | 37 170 | 37 325 | 38 011 | 38 815 |
| – Pflegeeinrichtungen | 102 212 | 125 502 | 133 593 | 133 509 |
| – Sport, Freizeit | 376 433 | 390 229 | 393 269 | 410 728 |
| – Sonstige Empfänger | 389 234 | 403 966 | 415 419 | 437 431 |
| V. Finanzhilfen in erweiterter Abgrenzung (III+IV) | 4 825 519 | 4 737 363 | 4 969 754 | 5 315 720 |

^aHaushaltssollwerte.

Quelle: Haushaltsplan des Landes Niedersachsen für die Haushaltsjahre 2000 und 2001; eigene Berechnungen.

Tabelle A8: Finanzhilfen des Landes Nordrhein-Westfalen (einschl. Gemeinden) (1 000 Euro)

| | 1998 | 1999 | 2000 ^a | 2001 ^a |
|---|------------|------------|-------------------|-------------------|
| I. Sektorspezifische Finanzhilfen an Unternehmen | 4 851 707 | 4 940 962 | 5 096 842 | 5 173 910 |
| – Land- und Forstwirtschaft, Fischerei | 122 285 | 120 238 | 161 035 | 199 711 |
| – Bergbau | 733 160 | 722 380 | 699 814 | 627 164 |
| – Schiffbau | 417 | 468 | 0 | 0 |
| – Verkehr | 1 560 158 | 1 657 227 | 1 789 711 | 1 803 168 |
| – Wohnungsvermietung | 1 740 500 | 1 675 487 | 1 707 845 | 1 605 406 |
| – Wasserver- und -entsorgung, Abfall | 189 664 | 195 240 | 204 999 | 212 005 |
| – Fremdenverkehr, Bäder | 182 762 | 188 852 | 193 941 | 199 269 |
| – Sonstige Sektoren | 322 761 | 381 070 | 339 497 | 527 186 |
| II. Branchenübergreifende Finanzhilfen an Unternehmen | 888 781 | 935 755 | 928 555 | 1 124 833 |
| – Regionalpolitik, Strukturpolitik | 441 554 | 455 539 | 455 084 | 588 236 |
| – Umwelt, rationelle Energieverwendung | 55 706 | 63 045 | 66 435 | 67 499 |
| – Beschäftigungspolitik | 242 811 | 252 423 | 245 278 | 255 013 |
| – Förderung von Qualifikation | 30 486 | 41 159 | 36 748 | 76 205 |
| – Förderung von Innovationen etc. | 73 904 | 66 007 | 60 307 | 55 209 |
| – Mittelstandsförderung | 10 080 | 18 674 | 17 677 | 19 940 |
| – Investitionsförderung | 1 729 | 459 | 0 | 0 |
| – Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen | 32 510 | 38 448 | 47 025 | 62 730 |
| III. Finanzhilfen in der engen Abgrenzung (I+II) | 5 740 488 | 5 876 718 | 6 025 397 | 6 298 743 |
| IV. Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister | 5 840 967 | 5 908 092 | 6 086 585 | 6 296 206 |
| – Krankenhäuser | 728 648 | 729 421 | 762 676 | 877 140 |
| – Kindertagesstätten, Kinderkrippen | 2 028 520 | 2 038 117 | 2 088 049 | 2 115 328 |
| – Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter | 892 768 | 920 300 | 945 583 | 987 606 |
| – Staatsforsten | 26 580 | 26 274 | 32 844 | 25 986 |
| – Kirchen, Religionsgemeinschaften | 35 425 | 32 026 | 33 442 | 31 192 |
| – Pflegeeinrichtungen | 105 424 | 93 960 | 90 978 | 77 759 |
| – Sport, Freizeit | 884 327 | 910 762 | 936 904 | 959 707 |
| – Sonstige Empfänger | 1 139 275 | 1 157 233 | 1 196 108 | 1 221 489 |
| V. Finanzhilfen in erweiterter Abgrenzung (III+IV) | 11 581 455 | 11 784 809 | 12 111 982 | 12 594 949 |

^aHaushaltssollwerte.

Quelle: Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2000 und 2001; eigene Berechnungen.

Tabelle A9: Finanzhilfen des Landes Rheinland-Pfalz (einschl. Gemeinden) (1 000 Euro)

| | 1998 | 1999 | 2000 ^a | 2001 ^a |
|---|-----------|-----------|-------------------|-------------------|
| I. Sektorspezifische Finanzhilfen an Unternehmen | 953 136 | 848 783 | 932 377 | 914 907 |
| – Land- und Forstwirtschaft, Fischerei | 148 590 | 145 466 | 149 893 | 142 997 |
| – Verkehr | 330 804 | 341 513 | 356 780 | 356 178 |
| – Wohnungsvermietung | 330 686 | 218 142 | 273 126 | 260 543 |
| – Wasserver- und -entsorgung, Abfall | 8 818 | 9 039 | 9 265 | 9 496 |
| – Fremdenverkehr, Bäder | 71 095 | 72 960 | 76 177 | 77 451 |
| – Sonstige Sektoren | 63 143 | 61 663 | 67 136 | 68 241 |
| II. Branchenübergreifende Finanzhilfen an Unternehmen | 149 862 | 134 706 | 146 028 | 130 026 |
| – Regionalpolitik, Strukturpolitik | 75 389 | 48 548 | 59 491 | 44 839 |
| – Umwelt, rationelle Energieverwendung | 4 470 | 3 952 | 5 067 | 5 169 |
| – Beschäftigungspolitik | 37 179 | 45 631 | 46 809 | 47 823 |
| – Förderung von Qualifikation | 4 031 | 3 718 | 4 791 | 5 013 |
| – Förderung von Innovationen etc. | 10 430 | 13 051 | 11 136 | 9 976 |
| – Mittelstandsförderung | 16 027 | 17 540 | 16 173 | 14 491 |
| – Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen | 2 337 | 2 265 | 2 562 | 2 715 |
| III. Finanzhilfen in der engen Abgrenzung (I+II) | 1 102 998 | 983 489 | 1 078 405 | 1 044 932 |
| IV. Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister | 1 344 146 | 1 369 222 | 1 353 358 | 1 399 432 |
| – Krankenhäuser | 224 807 | 224 338 | 226 409 | 226 040 |
| – Kindertagesstätten, Kinderkrippen | 427 987 | 442 188 | 429 646 | 454 433 |
| – Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter | 161 475 | 165 844 | 173 985 | 185 525 |
| – Staatsforsten | 66 982 | 67 612 | 40 267 | 41 128 |
| – Kirchen, Religionsgemeinschaften | 45 883 | 45 403 | 46 943 | 47 654 |
| – Sport, Freizeit | 215 559 | 219 991 | 224 887 | 229 809 |
| – Sonstige Empfänger | 201 454 | 203 846 | 211 222 | 214 842 |
| V. Finanzhilfen in erweiterter Abgrenzung (III+IV) | 2 447 144 | 2 352 711 | 2 431 762 | 2 444 364 |
| ^a Haushaltssollwerte. | | | | |

Quelle: Haushaltsplan des Landes Rheinland-Pfalz für die Haushaltsjahre 2000 und 2001; eigene Berechnungen.

Tabelle A10: Finanzhilfen des Saarlandes (einschl. Gemeinden) (1 000 Euro)

| | 1998 | 1999 | 2000 ^a | 2001 ^a |
|---|---------|---------|-------------------|-------------------|
| I. Sektorspezifische Finanzhilfen an Unternehmen | 342 346 | 329 786 | 329 494 | 340 016 |
| – Land- und Forstwirtschaft, Fischerei | 15 647 | 14 947 | 18 415 | 18 788 |
| – Bergbau | 31 003 | 12 618 | 14 112 | 14 112 |
| – Verkehr | 123 466 | 138 069 | 143 383 | 146 326 |
| – Wohnungsvermietung | 81 831 | 78 847 | 77 295 | 90 701 |
| – Wasserver- und -entsorgung, Abfall | 47 878 | 28 345 | 23 262 | 17 568 |
| – Fremdenverkehr, Bäder | 20 073 | 22 845 | 24 532 | 27 257 |
| – Sonstige Sektoren | 22 448 | 34 115 | 28 496 | 25 263 |
| II. Branchenübergreifende Finanzhilfen an Unternehmen | 97 278 | 86 253 | 103 125 | 130 319 |
| – Regionalpolitik, Strukturpolitik | 1 857 | 6 593 | 48 070 | 85 451 |
| – Umwelt, rationelle Energieverwendung | 3 239 | 2 737 | 2 234 | 3 968 |
| – Beschäftigungspolitik | 70 419 | 60 405 | 33 567 | 26 456 |
| – Förderung von Qualifikation | 8 145 | 6 810 | 8 854 | 3 111 |
| – Förderung von Innovationen etc. | 3 804 | 3 670 | 3 743 | 3 217 |
| – Mittelstandsförderung | 7 649 | 3 996 | 4 148 | 5 481 |
| – Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen | 2 165 | 2 041 | 2 508 | 2 637 |
| III. Finanzhilfen in der engen Abgrenzung (I+II) | 439 624 | 416 039 | 432 619 | 470 334 |
| IV. Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister | 329 828 | 340 637 | 361 394 | 369 588 |
| – Krankenhäuser | 62 631 | 68 260 | 76 540 | 72 387 |
| – Kindertagesstätten, Kinderkrippen | 89 877 | 90 643 | 97 300 | 103 147 |
| – Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter | 46 170 | 45 812 | 44 725 | 46 404 |
| – Staatsforsten | 3 290 | 4 781 | 2 781 | 3 679 |
| – Kirchen, Religionsgemeinschaften | 832 | 814 | 858 | 873 |
| – Pflegeeinrichtungen | 5 040 | 5 181 | 10 891 | 11 248 |
| – Sport, Freizeit | 74 335 | 76 195 | 78 099 | 80 063 |
| – Sonstige Empfänger | 47 653 | 48 951 | 50 200 | 51 787 |
| V. Finanzhilfen in erweiterter Abgrenzung (III+IV) | 769 452 | 756 677 | 794 012 | 839 923 |

^aHaushaltssollwerte.

Quelle: Haushaltsplan des Saarlandes für die Haushaltsjahre 2000 und 2001; eigene Berechnungen.

Tabelle A11: Finanzhilfen des Landes Schleswig-Holstein (einschl. Gemeinden) (1 000 Euro)

| | 1998 | 1999 | 2000 ^a | 2001 ^a |
|---|-----------|-----------|-------------------|-------------------|
| I. Sektorspezifische Finanzhilfen an Unternehmen | 679 394 | 700 879 | 732 758 | 778 719 |
| – Land- und Forstwirtschaft, Fischerei | 49 376 | 52 724 | 58 779 | 90 885 |
| – Schiffbau | 20 656 | 12 271 | 15 339 | 22 947 |
| – Verkehr | 218 175 | 243 046 | 267 586 | 248 870 |
| – Wohnungsvermietung | 216 865 | 212 826 | 215 070 | 236 263 |
| – Wasserver- und -entsorgung, Abfall | 105 642 | 100 173 | 100 825 | 103 783 |
| – Fremdenverkehr, Bäder | 45 778 | 47 229 | 49 054 | 49 642 |
| – Sonstige Sektoren | 22 901 | 32 610 | 26 105 | 26 329 |
| II. Branchenübergreifende Finanzhilfen an Unternehmen | 73 451 | 88 652 | 94 457 | 129 351 |
| – Regionalpolitik, Strukturpolitik | 14 659 | 13 933 | 10 871 | 46 277 |
| – Umwelt, rationelle Energieverwendung | 3 362 | 2 740 | 3 759 | 5 010 |
| – Beschäftigungspolitik | 36 131 | 41 393 | 45 929 | 52 070 |
| – Förderung von Qualifikation | 5 875 | 12 265 | 8 748 | 6 582 |
| – Förderung von Innovationen etc. | 5 693 | 8 229 | 16 202 | 13 119 |
| – Mittelstandsförderung | 2 040 | 2 019 | 1 679 | 1 652 |
| – Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen | 5 692 | 8 074 | 7 271 | 4 640 |
| III. Finanzhilfen in der engen Abgrenzung (I+II) | 752 845 | 789 531 | 827 216 | 908 070 |
| IV. Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister | 821 388 | 855 962 | 877 813 | 882 909 |
| – Krankenhäuser | 172 339 | 185 059 | 188 780 | 185 322 |
| – Kindertagesstätten, Kinderkrippen | 219 371 | 218 082 | 227 480 | 229 403 |
| – Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter | 109 737 | 124 328 | 130 263 | 134 166 |
| – Staatsforsten | 10 143 | 11 834 | 10 364 | 11 329 |
| – Kirchen, Religionsgemeinschaften | 11 246 | 11 640 | 12 130 | 12 255 |
| – Pflegeeinrichtungen | 13 924 | 13 996 | 17 077 | 14 311 |
| – Sport, Freizeit | 130 456 | 133 312 | 136 098 | 139 045 |
| – Sonstige Empfänger | 154 171 | 157 711 | 155 620 | 157 080 |
| V. Finanzhilfen in erweiterter Abgrenzung (III+IV) | 1 574 234 | 1 645 493 | 1 705 029 | 1 790 980 |

^aHaushaltssollwerte.

Quelle: Haushaltsplan des Landes Schleswig-Holstein für die Haushaltsjahre 2000 und 2001; eigene Berechnungen.

Tabelle A12: Finanzhilfen des Landes Brandenburg (einschl. Gemeinden) (1 000 Euro)

| | 1998 | 1999 | 2000 ^a | 2001 ^a |
|---|-----------|-----------|-------------------|-------------------|
| I. Sektorspezifische Finanzhilfen an Unternehmen | 2 059 086 | 1 968 046 | 1 925 246 | 1 754 510 |
| – Land- und Forstwirtschaft, Fischerei | 159 239 | 176 226 | 171 952 | 172 858 |
| – Bergbau | 62 018 | 69 945 | 64 678 | 64 678 |
| – Verkehr | 502 716 | 520 833 | 542 693 | 545 676 |
| – Wohnungsvermietung | 1 106 166 | 999 498 | 920 296 | 750 656 |
| – Wasserver- und -entsorgung, Abfall | 59 264 | 60 745 | 62 264 | 63 821 |
| – Fremdenverkehr, Bäder | 46 041 | 48 046 | 49 182 | 50 167 |
| – Sonstige Sektoren | 123 642 | 92 753 | 114 180 | 106 653 |
| II. Branchenübergreifende Finanzhilfen an Unternehmen | 667 046 | 641 214 | 754 583 | 588 570 |
| – Regionalpolitik, Strukturpolitik | 391 889 | 354 871 | 474 651 | 353 763 |
| – Umwelt, rationelle Energieverwendung | 5 086 | 16 405 | 9 199 | 8 164 |
| – Beschäftigungspolitik | 150 291 | 154 521 | 188 462 | 156 852 |
| – Förderung von Qualifikation | 78 188 | 63 763 | 36 010 | 28 990 |
| – Förderung von Innovationen etc. | 7 516 | 17 426 | 9 152 | 3 344 |
| – Mittelstandsförderung | 7 457 | 8 820 | 8 247 | 7 964 |
| – Investitionsförderung | 14 564 | 11 446 | 13 701 | 13 086 |
| – Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen | 12 056 | 13 962 | 15 163 | 16 406 |
| III. Finanzhilfen in der engen Abgrenzung (I+II) | 2 726 132 | 2 609 260 | 2 679 829 | 2 343 079 |
| IV. Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister | 1 032 310 | 1 072 513 | 1 083 751 | 1 079 832 |
| – Krankenhäuser | 62 732 | 66 844 | 62 375 | 59 934 |
| – Kindertagesstätten, Kinderkrippen | 439 884 | 446 327 | 440 613 | 425 872 |
| – Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter | 171 037 | 159 914 | 161 290 | 157 371 |
| – Staatsforsten | 72 908 | 69 195 | 81 734 | 91 009 |
| – Kirchen, Religionsgemeinschaften | 12 669 | 12 760 | 13 022 | 13 257 |
| – Pflegeeinrichtungen | 54 780 | 94 691 | 100 725 | 104 815 |
| – Sport, Freizeit | 125 401 | 127 530 | 131 973 | 134 647 |
| – Sonstige Empfänger | 92 899 | 95 251 | 92 020 | 92 928 |
| V. Finanzhilfen in erweiterter Abgrenzung (III+IV) | 3 758 442 | 3 681 773 | 3 763 579 | 3 422 912 |

^aHaushaltssollwerte.

Quelle: Haushaltsplan des Landes Brandenburg für die Haushaltsjahre 2000 und 2001; eigene Berechnungen.

*Tabelle A13: Finanzhilfen des Landes Mecklenburg-Vorpommern (einschl. Gemeinden)
(1 000 Euro)*

| | 1998 | 1999 | 2000 ^a | 2001 ^a |
|---|-----------|-----------|-------------------|-------------------|
| I. Sektorspezifische Finanzhilfen an Unternehmen | 1 147 292 | 1 122 863 | 1 115 729 | 1 083 267 |
| – Land- und Forstwirtschaft, Fischerei | 203 838 | 209 256 | 220 251 | 200 888 |
| – Schiffbau | 55 323 | 37 878 | 29 802 | 30 933 |
| – Verkehr | 248 946 | 236 937 | 243 333 | 255 451 |
| – Wohnungsvermietung | 433 740 | 432 258 | 423 985 | 407 195 |
| – Wasserver- und -entsorgung, Abfall | 107 012 | 92 501 | 91 458 | 87 106 |
| – Fremdenverkehr, Bäder | 37 015 | 37 725 | 38 691 | 39 651 |
| – Sonstige Sektoren | 61 417 | 76 309 | 68 210 | 62 044 |
| II. Branchenübergreifende Finanzhilfen an Unternehmen | 702 486 | 705 101 | 546 094 | 503 012 |
| – Regionalpolitik, Strukturpolitik | 384 416 | 421 857 | 245 226 | 214 611 |
| – Umwelt, rationelle Energieverwendung | 5 949 | 8 778 | 11 044 | 11 044 |
| – Beschäftigungspolitik | 146 263 | 139 781 | 130 828 | 119 617 |
| – Förderung von Qualifikation | 52 400 | 40 014 | 61 486 | 56 595 |
| – Förderung von Innovationen etc. | 757 | 306 | 332 | 332 |
| – Mittelstandsförderung | 18 053 | 5 763 | 1 200 | 0 |
| – Investitionsförderung | 79 316 | 73 360 | 86 920 | 92 582 |
| – Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen | 15 332 | 15 243 | 9 058 | 8 231 |
| III. Finanzhilfen in der engen Abgrenzung (I+II) | 1 849 778 | 1 827 965 | 1 661 824 | 1 586 279 |
| IV. Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister | 769 500 | 770 906 | 817 055 | 820 972 |
| – Krankenhäuser | 191 029 | 168 705 | 189 039 | 185 411 |
| – Kindertagesstätten, Kinderkrippen | 188 957 | 191 153 | 193 776 | 200 406 |
| – Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter | 153 232 | 158 310 | 170 324 | 168 515 |
| – Staatsforsten | 38 650 | 37 890 | 38 499 | 36 547 |
| – Kirchen, Religionsgemeinschaften | 14 393 | 13 921 | 14 185 | 14 488 |
| – Pflegeeinrichtungen | 8 871 | 8 855 | 8 467 | 7 874 |
| – Sport, Freizeit | 94 337 | 96 223 | 98 289 | 100 366 |
| – Sonstige Empfänger | 80 029 | 95 849 | 104 475 | 107 366 |
| V. Finanzhilfen in erweiterter Abgrenzung (III+IV) | 2 619 278 | 2 598 871 | 2 478 879 | 2 407 252 |

^aHaushaltssollwerte.

Quelle: Haushaltsplan des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Haushaltsjahre 2000 und 2001; eigene Berechnungen.

Tabelle A14: Finanzhilfen des Landes Sachsen (einschl. Gemeinden) (1 000 Euro)

| | 1998 | 1999 | 2000 ^a | 2001 ^a |
|---|-----------|-----------|-------------------|-------------------|
| I. Sektorspezifische Finanzhilfen an Unternehmen | 2 776 816 | 2 723 235 | 2 685 971 | 2 613 632 |
| – Land- und Forstwirtschaft, Fischerei | 267 108 | 250 580 | 289 530 | 288 954 |
| – Bergbau | 67 848 | 67 745 | 67 848 | 62 736 |
| – Verkehr | 717 801 | 732 714 | 746 582 | 760 662 |
| – Wohnungsvermietung | 1 084 487 | 1 083 000 | 1 007 178 | 923 988 |
| – Wasserver- und -entsorgung, Abfall | 344 890 | 265 204 | 277 154 | 306 663 |
| – Fremdenverkehr, Bäder | 94 522 | 97 174 | 99 484 | 101 424 |
| – Sonstige Sektoren | 200 160 | 226 818 | 198 194 | 169 205 |
| II. Branchenübergreifende Finanzhilfen an Unternehmen | 1 150 053 | 1 103 511 | 979 973 | 1 022 440 |
| – Regionalpolitik, Strukturpolitik | 663 750 | 651 235 | 496 581 | 517 205 |
| – Umwelt, rationelle Energieverwendung | 6 136 | 48 611 | 35 594 | 47 626 |
| – Beschäftigungspolitik | 344 828 | 229 756 | 294 452 | 263 626 |
| – Förderung von Qualifikation | 32 716 | 82 902 | 31 348 | 87 712 |
| – Förderung von Innovationen etc. | 84 314 | 71 759 | 97 626 | 82 751 |
| – Mittelstandsförderung | 13 656 | 13 719 | 17 121 | 16 958 |
| – Investitionsförderung | 1 023 | 1 764 | 1 790 | 1 227 |
| – Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen | 3 631 | 3 765 | 5 462 | 5 335 |
| III. Finanzhilfen in der engen Abgrenzung (I+II) | 3 926 868 | 3 826 745 | 3 665 944 | 3 636 072 |
| IV. Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister | 1 980 968 | 2 001 068 | 2 074 642 | 2 112 858 |
| – Krankenhäuser | 380 846 | 399 721 | 412 186 | 426 633 |
| – Kindertagesstätten, Kinderkrippen | 543 213 | 544 158 | 548 890 | 558 799 |
| – Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter | 460 615 | 462 868 | 478 580 | 501 973 |
| – Staatsforsten | 75 771 | 58 856 | 79 067 | 73 159 |
| – Kirchen, Religionsgemeinschaften | 20 987 | 21 282 | 22 192 | 26 612 |
| – Sport, Freizeit | 279 305 | 289 497 | 296 798 | 304 871 |
| – Sonstige Empfänger | 220 230 | 224 685 | 236 929 | 220 812 |
| V. Finanzhilfen in erweiterter Abgrenzung (III+IV) | 5 907 836 | 5 827 813 | 5 740 586 | 5 748 930 |

^aHaushaltssollwerte.

Quelle: Haushaltsplan des Freistaats Sachsen für die Haushaltsjahre 2000 und 2001; eigene Berechnungen.

Tabelle A15: Finanzhilfen des Landes Sachsen-Anhalt (einschl. Gemeinden) (1 000 Euro)

| | 1998 | 1999 | 2000 ^a | 2001 ^a |
|---|-----------|-----------|-------------------|-------------------|
| I. Sektorspezifische Finanzhilfen an Unternehmen | 1 332 547 | 1 278 438 | 1 364 326 | 1 373 760 |
| – Land- und Forstwirtschaft, Fischerei | 210 575 | 226 700 | 219 158 | 190 581 |
| – Bergbau | 36 736 | 40 406 | 37 256 | 27 401 |
| – Verkehr | 464 428 | 406 981 | 457 520 | 464 864 |
| – Wohnungsvermietung | 404 262 | 385 797 | 400 391 | 423 349 |
| – Wasserver- und -entsorgung, Abfall | 54 238 | 55 478 | 80 896 | 96 765 |
| – Fremdenverkehr, Bäder | 80 645 | 82 429 | 86 100 | 88 156 |
| – Sonstige Sektoren | 81 663 | 80 645 | 83 005 | 82 645 |
| II. Branchenübergreifende Finanzhilfen an Unternehmen | 888 345 | 755 972 | 722 976 | 723 248 |
| – Regionalpolitik, Strukturpolitik | 429 877 | 411 203 | 346 530 | 370 044 |
| – Umwelt, rationelle Energieverwendung | 57 378 | 52 075 | 69 279 | 88 718 |
| – Beschäftigungspolitik | 137 646 | 76 808 | 79 155 | 52 678 |
| – Förderung von Qualifikation | 199 731 | 192 029 | 197 606 | 194 293 |
| – Förderung von Innovationen etc. | 26 538 | 12 654 | 13 861 | 14 101 |
| – Mittelstandsförderung | 23 935 | 5 518 | 12 504 | 0 |
| – Investitionsförderung | 0 | 0 | 0 | 256 |
| – Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen | 13 240 | 5 685 | 4 041 | 3 157 |
| III. Finanzhilfen in der engen Abgrenzung (I+II) | 2 220 891 | 2 034 410 | 2 087 302 | 2 097 008 |
| IV. Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister | 1 487 730 | 1 478 582 | 1 535 664 | 1 540 460 |
| – Krankenhäuser | 265 644 | 254 359 | 320 821 | 302 231 |
| – Kindertagesstätten, Kinderkrippen | 448 999 | 441 742 | 413 926 | 429 182 |
| – Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter | 260 236 | 252 381 | 256 096 | 260 321 |
| – Staatsforsten | 47 097 | 44 125 | 45 004 | 40 695 |
| – Kirchen, Religionsgemeinschaften | 22 059 | 24 132 | 25 387 | 25 522 |
| – Pflegeeinrichtungen | 87 635 | 98 982 | 105 189 | 102 565 |
| – Sport, Freizeit | 176 283 | 180 970 | 185 863 | 192 653 |
| – Sonstige Empfänger | 179 777 | 181 890 | 183 378 | 187 290 |
| V. Finanzhilfen in erweiterter Abgrenzung (III+IV) | 3 708 621 | 3 512 992 | 3 622 966 | 3 637 468 |

^aHaushaltssollwerte.

Quelle: Haushaltsplan des Landes Sachsen-Anhalt für die Haushaltsjahre 2000 und 2001; eigene Berechnungen.

Tabelle A16: Finanzhilfen des Landes Thüringen (einschl. Gemeinden) (1 000 Euro)

| | 1998 | 1999 | 2000 ^a | 2001 ^a |
|---|-----------|-----------|-------------------|-------------------|
| I. Sektorspezifische Finanzhilfen an Unternehmen | 1 476 813 | 1 438 582 | 1 415 494 | 1 399 336 |
| – Land- und Forstwirtschaft, Fischerei | 201 863 | 201 717 | 213 052 | 226 912 |
| – Bergbau | 730 | 282 | 614 | 460 |
| – Verkehr | 414 849 | 404 467 | 409 102 | 418 493 |
| – Wohnungsvermietung | 495 316 | 452 790 | 432 313 | 399 219 |
| – Wasserver- und -entsorgung, Abfall | 136 206 | 141 921 | 159 761 | 153 962 |
| – Fremdenverkehr, Bäder | 54 399 | 54 732 | 60 042 | 59 523 |
| – Sonstige Sektoren | 173 451 | 182 673 | 140 610 | 140 767 |
| II. Branchenübergreifende Finanzhilfen an Unternehmen | 1 033 822 | 1 055 499 | 1 033 106 | 882 122 |
| – Regionalpolitik, Strukturpolitik | 588 596 | 578 533 | 583 056 | 455 843 |
| – Umwelt, rationelle Energieverwendung | 33 861 | 31 550 | 33 406 | 36 476 |
| – Beschäftigungspolitik | 253 355 | 284 984 | 283 840 | 274 775 |
| – Förderung von Qualifikation | 44 627 | 47 502 | 30 433 | 23 732 |
| – Förderung von Innovationen etc. | 75 848 | 68 267 | 68 993 | 62 476 |
| – Mittelstandsförderung | 18 397 | 6 879 | 1 387 | 2 262 |
| – Investitionsförderung | 14 214 | 26 010 | 19 787 | 13 064 |
| – Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen | 4 924 | 11 773 | 12 205 | 13 495 |
| III. Finanzhilfen in der engen Abgrenzung (I+II) | 2 510 635 | 2 494 080 | 2 448 600 | 2 281 457 |
| IV. Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister | 1 177 232 | 1 189 417 | 1 174 524 | 1 171 325 |
| – Krankenhäuser | 282 200 | 246 664 | 268 267 | 254 586 |
| – Kindertagesstätten, Kinderkrippen | 293 605 | 302 556 | 304 832 | 303 152 |
| – Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter | 215 377 | 224 041 | 220 657 | 220 793 |
| – Staatsforsten | 5 755 | 5 177 | 7 554 | 7 283 |
| – Kirchen, Religionsgemeinschaften | 16 822 | 18 242 | 20 342 | 19 555 |
| – Pflegeeinrichtungen | 99 914 | 122 855 | 82 957 | 92 721 |
| – Sport, Freizeit | 145 588 | 150 722 | 151 422 | 156 957 |
| – Sonstige Empfänger | 117 972 | 119 159 | 118 493 | 116 278 |
| V. Finanzhilfen in erweiterter Abgrenzung (III+IV) | 3 687 867 | 3 683 497 | 3 623 124 | 3 452 782 |

^aHaushaltssollwerte.

Quelle: Haushaltsplan des Freistaats Thüringen für die Haushaltsjahre 2000 und 2001; eigene Berechnungen.

VI. Literatur

- Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute (2002). *Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2002*. Verfügbar über Internet, <http://www.uni-kiel.de/ifw/pub/konjunkt.htm>. Zugriff am 1. Juli 2002.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen, Hrsg.) (1987). *Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung der Finanzhilfen des Bundes und der Steuervergünstigungen für die Jahre 1985 bis 1988*. Bonn.
- Blankart, C.B. (1998). *Öffentliche Finanzen in der Demokratie*. München.
- Finanzhilfebericht 1998 bis 2001 des Landes Rheinland-Pfalz*. Verfügbar unter <http://www.fm.rlp.de/index2.htm>. Zugriff am 15. Mai 2002.
- Fritzsche, B., et al. (1988). *Subventionen, Probleme der Abgrenzung und Erfassung. Eine Gemeinschaftspublikation der an der Strukturberichterstattung beteiligten Institute*. ifo-Studien zur Strukturforchung. München.
- Haushaltspläne der Bundesländer für die Haushaltsjahre 2000 und 2001*. Verschiedene Orte.
- Klodt, H., K.-D. Schmidt et al. (1989). *Weltwirtschaftlicher Strukturwandel und Standortwettbewerb*. Kieler Studien 228. Tübingen.
- Rosenschon, A. (1994). *Subventionen in der Bundesrepublik Deutschland*. Kieler Arbeitspapiere 617. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- (1997). *Finanzhilfen der Bundesländer*. Kieler Diskussionsbeiträge 293. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1987). *Arbeitsmaterialien zur Finanzstatistik*. Arbeitsunterlage. Wiesbaden.
- (1996). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen*. Stuttgart.
- (2002). *Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen, 1991 bis 2001*. Stuttgart. Verfügbar über Internet, http://www.statistik-bw.de/VolkswPreise/ArbeitskreisVGR/bip_jp.asp, Zugriff am 1. Juli 2002.
- (lfd. Jgg.). *Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland*. Stuttgart.